

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
eile oder deren Raum 40 Pf., für
Bericht- und Versammlungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 22. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Was lehrt der spanisch-amerikanische Krieg?

Diese Frage ist jetzt stereotyp in der deutschen Presse. Und während die politisch unabhängige und freigesinnte (was bei Leibe nicht freisinnig heißen soll!) Presse die sonnenhell zu Tage liegende Lehre schöpft, daß eine demokratische Republik ein lebenskräftigeres Ding ist, als eine Pfaffen- und Militär-Monarchie, und daß ein Staat auch ohne stehendes Heer eine gewaltige Wehrmacht sein kann, — sind die Organe aller Parteien, denen diese Lehre nicht in den Kram paßt, mit spähhaftem Eifer bemüht, das Offenbare zu verhüllen, und aus den Thatsachen das Gegenteil dessen zu folgern, was für jeden denkfähigen Kopf mit zwingender Logik von ihnen verkündet wird.

Wie grundverschieden ist schon das Urtheil über die politische Bedeutung dieses Krieges und den Werth der amerikanischen Erfolge. Auf der einen Seite wird ihnen eine außerordentliche Tragweite beigegeben, auf der anderen jede Tragweite abgesprochen. Fürst Bismarck gehört zu denen, die letzteres thun. Mit dem nämlichen „Burschigkeits“-Gefühl, das ihn einst über das „Bischen Herzegowina“ souverän spotten ließ, läßt er jetzt seine Preklatoren in den „Hamburger Nachrichten“ über „das Bischen Erfolg der Amerikaner“ spotten.

Nun — „das Bischen Herzegowina“ vor 22 Jahren war die Orientalische Frage, die der größte Staatsmann dieses Jahrhunderts nicht erkannte, als sie sich ihm leibhaftig vorstellte. Und „das Bischen amerikanischer Erfolge“ — je nun, daß die Vereinigten Staaten durch die Vernichtung der spanischen Philippinen-Flotte und die Umklammerung Manilas, das ihnen nicht entgehen kann, eine beherrschende Stellung an der Seite Englands und Japans in Ostasien eingenommen und dadurch die bisherigen internationalen Machtverhältnisse erheblich verschoben haben — das ist „das Bischen Erfolg der Amerikaner.“

Daß auf dem Schachbrett der Welt, nachdem die Herren Junstdiplomaten seit Jahrhunderten mit ihren kleinen Anstichen und Krächchen die konventionellen, schablonenmäßigen Intriguen-Partien als Schachbrett-Monopolisten gespielt, plötzlich von einer neuen Macht, die bisher dem Weltchachbrett ganz ferne gewesen, die Figuren respektlos durcheinander geworfen und neue Figuren zu einem neuen Spiel hingeworfen werden, — das ist ein weltgeschichtliches Ereigniß, dessen Bedeutung indeß von den Junstdiplomaten nicht begriffen werden kann, weil es über ihren Horizont hinausragt, das sich ihnen aber sehr bald fühlbar machen wird.

Indeß mit der Wirkung des spanisch-amerikanischen Krieges auf die „Weltpolitik“ wollen wir uns heute nicht weiter beschäftigen. Was uns für den Augenblick mehr interessiert, ist die unmittelbare Wirkung auf die innere Politik Deutschlands. Den Anhängern des Militarismus und Marinismus ist es natürlich sehr fatal, daß das unmilitärische Amerika so rasch eine kriegstüchtige Armee und Flotte geschaffen und die alte Adels- und Soldaten-Monarchie Spanien spielend überwunden hat. Nun soll auf einmal Spanien durch verkehrte Maßregeln an seiner Niederlage schuld sein. Die Spanier — so leitartikelt die „Kreuz-Zeitung“ — hätten ihre Streitkräfte auf Kubas verzettelt, und die spanische Regierung zu viel Rücksicht auf die öffentliche Meinung genommen. Und da kommt das biedere Junkerblatt dann zu folgendem Schluß:

„Die zwei Wahrheiten lehrt der Krieg eben wieder: daß Kriegsbereitschaft die beste Friedensbürgschaft, und daß in Sturzzeiten ein fester Wille das Steuer regieren muß, wenn man siegen will.“

Spanien hat einen Krieg begonnen, ohne gerüstet zu sein, hat ihn durchgeführt ohne festen Willen und sich zur See und zu Lande von einem Staate besiegen lassen, der, nicht im Stande, eine ausgebildete Armee aufzustellen, es nur mit seinen unerlöschlichen Mitteln bekämpfte. Die Vorteile, die ein wohlgerüsteter Staat einem solchen Gegner gegenüber fast sicher einheimen konnte, wurden in die Wunde gestreut, weil man innerpolitisch nicht stark genug war, weder vor noch in der großen Krise den gemeingefährlichen Mitberather, den Dilettantismus der öffentlichen Meinung in Reflexen zu schlagen.

So die „Kreuz-Zeitung“. Der Schluß ist durchaus logisch, wenn man, wie die „Kreuz-Zeitung“, glaubt, daß es die höchste Aufgabe der Unterthanen männlichen Geschlechts ist, Soldat zu werden, und die höchste Aufgabe der Regierungen, die eigenen „Unterthanen“ und erforderlichenfalls auch Fremde vermittelst einer möglichst großen Anzahl blind gehorchender Soldaten im Zaum zu halten und zu Paaren zu treiben. Das ist die alte und wunderbar einfache Kasernenweisheit, die leider auch heute noch in weiten und einflußreichen Kreisen als höchste Regierungsweisheit gilt, obgleich sie allemal, wenn sie in Konflikt kommt mit lebendigen Volksträften, ihr Pailm und Zena erlebt hat. Wir überlassen sie ihrem Schicksal.

Aber Amerika „mit seinen unerlöschlichen Mitteln“. Unerlöschliche Mittel — das ist doch eine Macht. Und „unerlöschliche Mittel“ sind auch eine unerlöschliche Macht. Warum hat Amerika unerlöschliche Mittel? Gerade weil es kein Kasernen- und Polizeistaat ist, der die Entfaltung der Volksträfte hindert und die „Mittel“ im Frieden erschöpft. Gewiß, wenn ein Staat, der eine starke Friedensarmee hat, mit einem Staat ohne Friedensarmee in Krieg

kommt, kann er anfangs Vorteile haben. Jedoch auch nur anfangs. Er greift gleich mit seiner ganzen Kraft ein, wohingegen der andere Staat seine Kraft erst allmählich ins Spiel bringen kann. Aber um den ersten Stoß mit ganzer Kraft führen zu können, muß man vorher schon die Mittel zum großen Theile erschöpft haben, und ein Staat, der seine Kräfte nicht im Frieden erschöpft hat, ist deshalb — die Tüchtigkeit des Volks vorausgesetzt — fähig, seine Strafrückführung so lange zu steigern, bis der Gegner, der seine ganze Kraft in den ersten Stoß legte und der seine Kräfte vor dem Krieg vergeudet hat, erschöpft ist und den Kampf nicht weiter zu führen vermag.

Wir erinnern hier daran, daß im amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Sklavenjunker (1861—1865) die Unionstaaten, die damals nicht mehr als 20 Millionen Einwohner zählten, drei volle Jahre lang eine ebenso große Kriegsmacht auf den Beinen hielten, wie das mehr als doppelt so bevölkerte Deutsche Reich in dem kurzen, bloß drei Vierteljahre dauernden Kriege mit Frankreich. Und am Ende jenes Krieges war Amerika weniger erschöpft als Deutschland nach dem Kriege mit Frankreich. Das ist eine Thatsache, welche die Herren von der „Kreuz-Zeitung“ nicht gern erwähnt sehen, die indeß absolut feststeht.

So würden die Vereinigten Staaten auch heute noch, falls sie irgendwo einen Landkrieg zu führen hätten, überlegen sein den stehenden Heeren ihrer Feinde. Denn diese verwünschten Amerikaner, die ihre Mittel nicht im Frieden erschöpfen und vom Militärhandwerk eine sehr geringe Meinung haben — wenn es durchaus nötig ist, dann widmen sie sich auch diesem Handwerk mit Lust und Liebe und verwenden einen Scharfsinn und eine Erfindungskraft darauf, die nicht durch das Einerlei und die Selbstgenügsamkeit des Junstmilitarismus „erschöpft“ sind. Nichts tötet mehr den Geist und die Schöpfungskraft, als die Schablone und der Junstzopf des Handwerks — sei es Militärhandwerk oder plebejische Schustererei.

Und — traurig für die Herren Junstmilitärs aber wahr: für die Vervollkommnung der Kriegstechnik und der Kriegswerkzeuge, insbesondere der Waffen haben die amerikanischen Plebejer weit, weit mehr gethan, als die europäischen Muster- und Junstmilitärs, in denen der „echte militärische Geist“ sich verkörpert hat.

Auch jetzt haben die Leistungen der amerikanischen Artillerie das Staunen und den Neid unserer Fachmilitärs erregt, und wir schweben in Gefahr, amerikanische Dynamitkanonen für das deutsche Heer zu bekommen — so meldet uns die „Kreuz-Zeitung“ selber.

Vor dem deutschen Militarismus hüten sich aber die Amerikaner wie vor dem höllischen Feuer.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Das Telegramm des Kaisers an den Fürsten von Lippe, dessen Schrotf geläutert Wortlaut wir bereits mittheilten, beginnt in der Presse großes Aufsehen zu erregen. Viele Mütter besürchten, daß aus dieser Angelegenheit eine Trübung des Verhältnisses zwischen Kaiser und Bundesfürsten entstehen könne, und einige — von durchaus monarchischer Gesinnung — stehen nicht davon ab, das Kaiser-Telegramm zu mißbilligen. Da die Angelegenheit noch Weiterungen nach sich ziehen dürfte, so wollen wir ihren gesammten Verlauf auf Grund des Artikels der „Neuen Bayer. Landeszeitg.“ schildern, der unter der Aufschrift erschiene: „Wir sind keine Vasallen“ und eine stark partikuläristische Richtung hatte:

Nach dem Tode des ohne direkte Erben verstorbenen Fürsten von Lippe suchte der Kaiser einen seiner Verwandten in die Erbfolge zu bringen, und dieser hatte auch ohne weiteres die Regentenschaft übernommen. Aber der nächste Verwandte des Verstorbenen, der aus dem Fürstenthum stammende Graf von Lippe-Biesterfeld, machte seine Ansprüche geltend, und der als Schiedsrichter eingesetzte König Albert von Sachsen entschied, daß der Verwandte des Kaisers den Thron zu räumen und an seiner Stelle der Graf von Lippe die Regentenschaft zu übernehmen habe. Der Kaiser war über diese Entscheidung so aufgebracht, daß er ein Telegramm an seinen abgehenden Botschafter richtete, in welchem er die Einwohner des Fürstenthums gleichsam bedauerte, daß sie einen so ausgezeichneten Regenten verlieren müßten. Der neue Regent ist ein alter vornehmer Herr, der in seinem Vetter dem Prinzregenten von Bayern gleich steht, aber nicht mehr so mobil ist, wie jener, denn seine Beine sind gelähmt, und er muß sich deshalb immer eines Wagens bedienen. Wir erwähnen dies, damit die Leser unsere Beurtheilung des kaiserl. Telegramms noch besser zu würdigen vermögen, als wenn sie lediglich bloß den Inhalt desselben kennen würden. Auf Grund der zwischen Preußen und dem Fürstenthum Lippe abgeschlossenen Militärkonvention hat der Regent eine Reihe von Rechten, und er verordnete nun, daß seine Söhne und Töchter von den Offizieren der Garnison zu grüßen und mit dem Titel „Erlaucht“ anzureden seien. Diesem Befehl des Regenten wurde aber keine Folge gegeben, weswegen derselbe den General zu sich befohlen und ihm Vorhalt machte. Dieser gab zu verstehen, daß er seine Befehle vom obersten Kriegsherrn in Berlin und nicht vom Landesfürsten zu empfangen habe. Der alte Fürst wandte sich nun in einem Schreiben, wie es selbst ein gewöhnlicher Unterthan kaum unterthäniger und höflicher schreiben könnte, an den Kaiser und bat ihn unter Berufung auf seine verbrieften Rechte, dem Befehl des Regenten Achtung zu verschaffen. Dieser ging dabei auch von der Meinung aus, daß es nicht zur Stärkung der Autorität und des monarchischen Prinzips beitragen würde, wenn das Volk sähe, wie ein General den Befehl des Landesfürsten einfach unbeachtet lasse, und wie dadurch selbst Offiziere und Soldaten zur Auflehnung gegen die Autorität veranlaßt werden. Diese Meinung sprach der Regent nicht einmal aus, sondern ließ sie

nur in der leiseften Weise durchblicken. Der alte Herr durfte wohl einen vornehmen Weisheit erwarten, aber er war umso mehr betroffen, als er am andern Tage folgendes Telegramm erhielt:

An den Regenten von Lippe in Detmold. Mein General hatte Befehl. Dem Regenten, was dem Regenten gehört, sonst weiter nichts. Im übrigen verbitte ich mir den Ton, den Sie sich in Ihrem Briefe erlauben.

Der Regent theilte nun diese zwischen ihm und dem Kaiser gepflogene Korrespondenz den übrigen Bundesfürsten mit und gab ihnen in seiner Denkschrift zu bedenken, welche Folgerungen aus dieser ihm zu theil gewordenen Behandlung auch für die anderen Bundesfürsten gezogen werden können. Was gestern dem Regenten von Lippe begegnet ist, kann morgen einem andern Bundesfürsten ebenfalls begegnen. Unwillkürlich stellt man deshalb die Frage, ob die deutschen Bundesfürsten nach englischen Vorbild das Schicksal der Fürsten Judens theilen sollen, wo die von der britischen Regierung eingesetzten Residenten die höchste Zivil- und Militärgewalt in sich vereinigten. Der Regent von Lippe gefühlte sich nicht in der bloß passiven Rolle eines indischen Fürsten, deshalb beauftragte er den Vertreter des Fürstenthums, seine Beschwerden gegen den Kaiser im deutschen Bundesrathe vorzutragen.

Die Mittheilung, daß der Kaiser in der obigen Art telegraphirt haben sollte, schien der bürgerlichen Presse zuerst auf Erfindung zu beruhen. Jedoch bewahrheitete sich die Mittheilung durchaus. Verschiedene Blätter sind der Ansicht, daß durch dieses Vorkommniß der Partikularismus neue Nahrung erhalten werde und daß man in dem Telegramm einen „Angriff auf den Grundpfeiler der Legitimität“ erblicken könnte.

Für uns ist die Angelegenheit sehr wenig aufregender Natur. Das bewegliche Temperament des deutschen Kaisers hat schon früher oft zu mancherlei Ausprüchen gegenüber Personen und Parteien geführt, die einiges Aufsehen erregten, und deren sich die Betroffenen bei dem Stand unserer Gesetzgebung nicht in der ihnen wünschenswerthen Weise erwehren durften. Daß jetzt auch einmal ein Bundesfürst betroffen wird, scheint uns nicht so furchtbar, wie es die bürgerlichen Blätter hinstellen. Mag sich doch der Fürst-Regent mit Herrn Wallot und der „vaterlandlosen Flotte“ trösten! Reuegerig sind wir aber, wie weit das Solidaritätsgefühl der deutschen Bundesfürsten sich bethätigen wird.

Die erste Nachwahl zum Reichstage macht sich bereits notwendig. Der nationalliberale Abgeordnete v. Cuny ist gestorben. v. Cuny ist bei der letzten Wahl zum Abgeordneten für den Wahlkreis Kreuznach-Simmern (4. Wahlkreis im Regierungsbezirk Coblenz) gewählt worden. Er hat diesen Kreis schon in früheren Legislaturperioden vertreten und gehörte dem preussischen Abgeordnetenhaus seit 1878 an. Er war Rechtslehrer an der Berliner Universität und hat an der Ausarbeitung der Reichsjustizgesetze, besonders auch des bürgerlichen Gesetzbuches mitgearbeitet. Mit ihm verliert die nationalliberale Reichstagsfraktion einen der wenigen ihr noch verbliebenen alten parlamentarischen Führer.

Für eine einheitliche Regelung der Geheimnissfrage sind im Reichsanne des Innern die Vorberathungen zu Ende geführt worden, so daß binnen kurzem ein Bundesratsbeschuß zu erwarten steht, welcher den Klagen über die ungleichmäßige Behandlung dieser Frage in den verschiedenen Bundesstaaten Rechnung tragen soll.

Eine Geflügelverordnung hat jetzt auch der Regierungspräsident von Gumbinnen erlassen. Das Erzeiden von Handelsgesüßeln zu anderen als zu Weidbezwecken wird darin verboten. Keine Anwesenung aber — und dies ist bei den gegenwärtigen deutsch-russischen Grenzverhältnissen bemerkenswerth — soll dies Verbot finden: 1. auf diejenigen Gänsetransporte, welche von der russischen Grenze direkt zur Verladung nach dem Bahnhof Proßken getrieben werden. 2. In Gdtkuhnen auf dem Transport von Gänsen zwischen den Eisenbahnstationen Mibarty und Gdtkuhnen einerseits und den in Gdtkuhnen errichteten Gänsebanen, welche zur vorübergehenden Aufnahme der mit der Bahn ankommenden Gänse bestimmt sind, andererseits.

Ein Kongreß polnischer Aerzte und Naturforscher sollte in Posen stattfinden. Der dortige Polizeipräsident verbot die Theilnahme von Ausländern an diesem Kongreß. Die beim Minister des Innern hiergegen eingelegte Beschwerde ist jetzt zurückgewiesen worden. Herr v. d. Rede sagt in seiner Beschwerdebeantwortung:

„So sehr die königliche Staatsregierung bereit ist, sachwissenschaftlichen Unternehmungen und Veranstaltungen jede thunliche Förderung zu theil werden zu lassen, so liegt ihr in gleichem Maße die Pflicht ob, darüber zu wachen, daß diese Veranstaltungen nicht zu Zwecken gemißbraucht werden, für welche sie nicht bestimmt sind. Die letztere Voraussetzung war aber im vorliegenden Falle gegeben, nachdem in der ausländischen Presse unter Hinweis auf bekannte neuerliche Vorkommnisse öffentlich dazu aufgefordert worden war, den Kongreß möglichst zahlreich zu besenden, um denselben auf diesem Wege zu einem Vereinigungspunkte des gesammten Slaventums zu gestalten. Dieser Vorgang läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich bei der geplanten Zusammenkunft nicht mehr um eine rein sachwissenschaftliche Vereinigung gehandelt haben würde, sondern daß mit derselben zugleich eine in ihrer Tendenz gegen das Deutsche Reich gerichtete politische Kundgebung verbunden werden sollte. Eine derartige, das friedliche Zusammenleben der beiden Nationalitäten gefährdende Demonstration zu dulden, verbietet nicht nur die Rücksicht auf die deutsch-nationalen Interessen überhaupt, sondern insbesondere auch die Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung in der Stadt und in der Provinz Posen.“

Wir meinen, daß durch derartige Polizeimaßnahmen das friedliche Zusammenleben der beiden Nationalitäten ganz und gar nicht gefördert, sondern geschädigt wird.

Bemitleidenswertes thörichtes Zeug schreibt die „Berliner Zeitung“ über die Sozialdemokratie in einem Artikel über „Die Deerschau der Unzufriedenen“ zusammen. Es lohnt sich für uns durchaus nicht, das ungerühmte Geschreibsel ernsthaft vorzunehmen; um so weniger lohnt es sich, da wir vorläufig noch nicht glauben möchten, daß sich die Redaktion des Blattes wirklich mit diesen aller

Logik und allem Wissen fremden Ausführungen, die nur Zufall und Handtagsstemperatur in das Blatt geweht zu haben scheinen, identisch erklären möchte. Es sei nur der Antisozialist halber eines herausgegriffen. Nicht sei, so schaltet der Leitartikel, der „Überhang der Massen“ das feindliche, sondern das freundliche Element für die Sozialdemokratie, denn in Berlin, der intelligentesten Stadt des Reiches“ habe die Sozialdemokratie Niederlagen erlitten, während ihre Stern in den dunkelsten Bezirken Ostpreussens, Oberschlesiens und Bayerns aufstieg. „Dürftigeres Ge- rede läßt sich kaum vorstellen.“

Ersinnlich hat die Sozialdemokratie in Berlin keine Niederlage erlitten, sondern ihre Stimmenzahl hat sich im Verhältnis der Wählenden ebenso vermehrt wie von 1890—1893. Die Partei der „Verl. Zeitung“ kann nicht nur ähnliches nicht von sich sagen, sondern sie hat nur „geplagt“, weil die konservativ-antisemitischen Gruppen ihr bis auf den letzten Mann zu Hilfe kamen. Es ist uns unbekannt, daß die Herren von der „Verl. Zeitung“ bisher die konservativen Kreise des kaiserlichen Marfells und die Judenfreier der „Staatsbürger-Zeitung“ für die Blätter der Berliner Intelligenz gehalten haben! Auf diesen „Siege“ stolz zu sein, scheint uns schlimmer, als die vernichtendste Niederlage, die Freisinn und bürgerliche Demokratie je sonst erlitten haben.

Wenn ferner die „Berliner Zeitung“ die Erfolge unserer Partei in Ostpreussen und Oberschlesien durch den Spott von den „dunkelsten Bezirken“ zu verkleinern meint, so wollen wir von der darin liegenden abernen Ueberhebung der Berliner Zeitungs-„Intelligenz“ garnicht reden; aber darüber ist kein Reich im Zweifel, daß die Partei der „Berliner Zeitung“ gar zu gern selbst derartige Erfolge in den dunkelsten Bezirken erzielen möchte und im Falle des Gelingen sich dessen als einer gewaltigen Ruhmediethat rühmen würde. Speziell ein guter Theil von Ostpreussen gilt ja stets als liberales Stammland; will dies die „Berliner Zeitung“ der geistigen Finsterniß der ostpreussischen Bevölkerung zuschreiben?

Endlich hat wohl der tölpelhafteste Strichgag gänzlich vergessen, daß die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße in denjenigen Städten und Landestheilen Fortschritte gemacht hat, wo zuvor Freisinn und Demokratie herrschten. Nach der Auffassung des geistvollen Leitartiklers der „Berliner Zeitung“ sind die hunderttausende von Wählern in diesen Bezirken aus der freisinnig-demokratischen Erleuchtung in die sozialistische Dunkelheit gerathen; so lange sie freisinnig wählten, bildeten sie die „Intelligenz“, jetzt sind sie dem „Überhang der Massen“ anheimgefallen.

Dies ganze traurige Geschwätz der „Berliner Zeitung“ beweist aber nur, bei welchem Tiefstand der Intelligenz der Herr Leitartikel selbst angekommen ist.

Die Priesterherrschaft in Spanien und die „Märkische Volkszeitung“. Unser Artikel: „Warnende Exemplar“, in welchem wir zeigten, wie Spanien durch die Adels- und Priesterherrschaft zu Grunde gerichtet worden ist, hat einen Theil der katholischen Presse in Harnisch gebracht. Die hier erscheinende „Märk. Volkszeitung“, ein sehr eifriges und streitbares Organ des Ultramontanismus, wirft uns wegen unseres Artikels „Oberlächerlichkeit“ vor und „katholikenfeindliche Gesinnung“.

Unsere „katholikenfeindliche Gesinnung“ haben wir wohl dadurch bekundet, daß wir allezeit den Kulturkampf verurtheilt und allezeit die absolute Gleichberechtigung der Katholiken gefordert haben.

Unser Artikel richtet sich gegen die Priesterherrschaft im Allgemeinen; und Priesterherrschaft und Katholizismus ist doch zweierlei. Daß das fromme Blatt uns zu „Vorlämpfern des Judenthums und seiner Spezialinteressen“ macht, das gehört nun einmal zu den „christlichen“ Gepflogenheiten. Doch zur Sache. „Wie — so behauptet uns das „Märkische Volksblatt“ steht es aber in Wirklichkeit mit der Priesterherrschaft in Spanien? Spanien ist dem Namen nach und, soweit die Bevölkerung, das eigentliche Volk, in Frage kommt, auch thatsächlich ein katholisches Land; aber auch nur von einer katholischen Regierung — geschweige denn von einer Priesterherrschaft — zu reden, wäre ebenso hirnverbrannt, als wenn man behaupten wollte, Italien habe eine katholische Regierung. Wie letzteres Land, so wird auch Spanien seit länger als 100 Jahren von geheimen kirchenfeindlichen Gesellschaften verwohlet und — regiert. Seitdem haben alle Ministerien ohne Ausnahme Logenmitglieder gezählt — ob der „Vorwärts“ wohl glaubt, daß diese sich „von Priestern beherrscht“ liegen? — selbst in den sogenannten konservativen Kabinetten saßen Freimaurer — eine seltsame „Priesterherrschaft“!

So lange Spanien auch in seiner Regierung katholisch war, nach wirklich christlichen Grundsätzen regiert ward, so lange stand es groß und mächtig da, gewissermaßen als Beherrscherin der Welt — es genügt in dieser Hinsicht, an die Zeiten Ferdinands' und Isabella's, der katholischen, und Karls V. zu erinnern; damals fierte Spanien die Perle seines höchsten Glanzes, sowohl auf dem Festlande wie in seinen Kolonien. In demselben Maße aber, in dem Spanien später die christlichen Bahnen dieser glänzenden Herrscher verließ, sanken auch sein Ruhm, seine Bedeutung, sein Reichthum und seine Macht. Das läßt sich ganz genau an der Hand der Geschichte verfolgen. Und am tiefsten stand Spanien, als die Bourbonen, wie auch anderwärts, die Hand nach der Kirche ausstreckten, diese verfolgten und beraubten. Auch der „Vorwärts“ könnte wissen, was in dieser Beziehung im vorigen und in diesem Jahrhundert in Spanien vorging. Kamentlich auch könnte er wissen, wie seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts die Revolution Spanien unterwirft, zerschmettert, geschwächt und zuletzt, unter den Logenhäuptlingen Prim und Serrano, so heruntergebrückt hatte, daß es in der Staatereihe kaum noch mitzählte.“

So das katholische Blatt. Wäre die Schablone nicht gar zu bekannt, so könnte man die Ähnlichkeit bewundern, mit der hier der Punkt, auf den es ankommt, bei Seite gelassen und im übrigen die Wahrheit verbreitet, gefälscht und auf den Kopf gestellt wird.

Gewiß hat Spanien „seit mehr als 100 Jahren“ kirchenfeindliche Elemente auch in den Regierungen aufzuweisen, allein ehe diese „revolutionären“ Elemente hervortraten, war Spanien bereits durch die Priesterherrschaft so ruiniert, daß es als selbständige europäische Macht nicht mehr zählte!

Die Unthaten der katholischen Geistlichkeit und Inquisition fallen eben gerade in die Zeit vor den liberalen oder „revolutionären“ Bestrebungen, die auf eine Regenerierung Spaniens — auf seine Erlösung aus den Händen der Priesterherrschaft hinarbeiteten — jedoch leider im allgemeinen und auf die Dauer erfolglos. Gewiß ist es verschiedentlich zu Konfessionen des Kirchengewaltthums und zu scharfen Maßnahmen gegen den Aberglauben gekommen, allein das geschah viel zu spät — als ohne vollkommene Regeneration aller politischen, sozialen Verhältnisse und des öffentlichen Unterichts seine Wirkung mehr möglich war. Uebrigens ist das katholische Kirchenvermögen in Spanien immer noch ungeheuer.

Was dem bürgerlichen Liberalismus nicht gelang, wird hoffentlich dem demokratischen Sozialismus gelingen: die Neugeburt Spaniens.

Eine faule Ausrede. Die „Arens-Ztg.“ sucht ihre Wählerreien gegen das Reichstags-Wahlrecht damit zu entschuldigen, daß sie sagt, es sei ja niemand ganz mit dem Wahlrecht zufrieden, denn auch die Linke trete für die Aenderungen ein. Die „Arens-Zeitung“ — es ist die höchste Komik! — erbittet sich höflich, daß sie mit gleichem Maße gemessen“ werde. Nun, erfüllen wir diese höfliche Bitte dem Blatte, das stets für ungleiche Behandlung gegenüber seinen politischen Widersachern spricht. Aber welche Verdrehung leistet sich das Blatt! Gewiß, auch die links stehenden Parteien streben Veränderungen des Reichstags-Wahlrechts an. Aber was sie erstreben, stimmt überein mit den Grundlagen des Wahlrechts, wie sie die Reichsversammlung feststellt. Die Herren von der Reaktion dagegen wünschen diese Grundlagen umzustürzen. Wenn wollen das „gleiche Maß“ an politischem Recht, das die Verfassung den Reichsbürgern giebt, wahr machen, die „Arens-Zeitung“ sucht das „gleiche Recht“ zu vernichten und eine Wenigenherrschaft ihrer raubritterlichen Hinterlistigen zu errichten. Gegenüber diesen Maßregeln bleiben die Ausfälle der „Arens-Zeitung“ völlig bedeutungslos.

Großes „Reinmachen“ soll auch in den mecklenburgischen Kriegervereinen vorgenommen werden. Die „Mecklenb. Nachr.“ schreiben: Die Ergebnisse der letzten Reichstags-wahlen haben den Verbandsvorstand veranlaßt, an die Vereine ein Rundschreiben ergoßen zu lassen, in welchem der Vorstand ausführt, daß die Mitglieder in einer nicht ganz geringen Anzahl von Vereinen, und zwar nicht nur vereinzelte, ihre Stimme für den Vertreter der sozialdemokratischen Umklepartei abgegeben haben. Theilweise sind dem Verbandsvorstande sogar bestimmte Mittheilungen hierüber zugegangen. Empfohlen wird Ausschluß sozialdemokratischer Mitglieder aus den Vereinen und, falls dieser Rathschlag nicht ausreicht, um einen Verein von den jetzt mit dem Verdachte der Unheiligkeit (1) befassten Mitgliedern zu befreien, Auflösung des Vereins und Rückgabe der ansehnlich vertheilten Fahne unter Vorbehalt der Reingehaltung mit zu fordern. Sämmtliche Vereinsvorstände sind aufgefordert, dem Verbandsvorstande beizufügen die Mitglieder der Vereine, zu welchen Entschließungen und Maßnahmen der Gegenstand des Rundschreibens innerhalb des einzelnen Vereins Veranlassung gegeben hat, und welche Wirkung von denselben für die Zukunft erhofft wird.“

Die kriegerische Zwangswirtschaft ist auch in Mecklenburg nicht von heute und gestern. Dabei ist die Sozialdemokratie glänzend geblieben. Andere Wirkung wird auch dieser neueste Vorstoß nicht hervorbringen.

Die Verschlechterung des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes ist nunmehr Gesetz geworden. Das sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht das verfassungsmäßig vollzogene Gesetz über die vom Landtag beschlossene Aenderung. Das Gesetz enthält 5 Artikel, wovon 2 sich lediglich auf redaktionelle Aenderungen beziehen. Die wichtigsten Artikel lauten:

Artikel 1. § 24. Die Verbindung von Vereinen unter einander ist zulässig. Politische Vereine dürfen mit außerdeutschen Vereinen nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern in Verbindung treten.

Artikel 2. Nach § 1 werden als § 1a folgende Bestimmungen eingefügt:

§ 1a. Minderjährigen ist die Theilnahme an Versammlungen, welche politischen Zwecken dienen, verboten.

Die Veranstalter oder Leiter einer solchen Versammlung sind gehalten, die Aufforderung, sich zu entfernen, an die etwa anwesenden Minderjährigen zu richten und nach Befinden auf Verlangen der Abgeordneten der Polizeibehörde diese Aufforderung zu wiederholen.

Artikel 4. Nach § 33 wird als § 33a nachstehende Vorschrift eingefügt:

§ 33a. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 1a werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu sechs Wochen geahndet.

Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen unserer Partei werden auf ihren nächsten Verbands- und Parteitag diesem veränderten Gesetzesstand Rechnung tragen.

Das Wahlergebnis in Bayern. Nach der amtlichen Statistik haben sich in Bayern, wie der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben wird, an der Reichstagswahl von 1274 126 Wahlberechtigten 767 510 (60,2 pCt.) an der Hauptwahl theilgenommen. Die Zunahme der Wahlberechtigten gegen das Jahr 1893 war 88 102 oder 5,5 pCt., dagegen ist die Zahl der Wählenden um 7043 gesunken. Es ist interessant, wie die Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten für die Hauptwahl in den einzelnen Regierungsbezirken variiert. In Oberbayern war die Zunahme 7,8 pCt., Niederbayern 1,0 pCt., Palz 8,2 pCt., Oberpalz 1,6 pCt., Oberfranken 4,9 pCt., Mittelfranken 10,5 pCt., Unterfranken 4,0 pCt., Schwaben 3,1 pCt. Man kann aus diesen Unterschieden Rückschlüsse auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Regierungsbezirke ziehen. Was die Wahlbetheiligung betrifft, so ist nur in Oberbayern gegenüber dem Jahre 1893 eine Erhöhung eingetreten und zwar von 144 172 oder 55,5 pCt. der Wahlberechtigten auf 157 835 oder 56,8 pCt. In Mittelfranken hat sich zwar die Zahl der Wähler gegenüber dem Jahre 1893 von 101 050 auf 103 423 vermehrt, der Prozentfuß der Wählenden ist dagegen von 66,1 pCt. auf 61,2 pCt. zurückgegangen. In den übrigen Regierungsbezirken war die Wahlbetheiligung absolut und relativ geringer als 1893. In 21 Wahlkreisen hat sich die Zahl der Wählenden vermehrt, in 27 vermindert. In sechs Wahlkreisen (Homburg, Passau, Rensburg v. B., Neustadt a. B. N., Dinkelsbühl und Deggendorf) betrug die Wahlbetheiligung weniger als 50 pCt. Von den bei der Hauptwahl abgegebenen 766 465 gültigen Stimmen trafen auf

	1898	1893
Zentrum	297 337 = 38,8 pCt.	328 542 = 42,5 pCt.
Wahlverein	189 651 = 24,7	72 240 = 9,3
Sozialdemokraten	188 218 = 24,5	125 952 = 16,3
Rationalliberale	114 160 = 14,9	135 847 = 17,6
Freisinnige	31 655 = 4,1	39 607 = 5,1
Deutsche Volkspartei	18 289 = 2,4	38 090 = 4,9
Konservative	14 561 = 1,9	16 113 = 2,1
Antisemiten	386 = 0,1	1 470 = 0,2

Von den 48 bayerischen Reichstags- Abgeordneten gehören dem Zentrum 29 (— 1), den Rationalliberalen 7 (— 1), dem Wahlverein 5 (+ 2), den Sozialdemokraten 4 (+ 1), dem Bund der Landwirthe 1 (+ 1), den Konservativen 1 (unverändert), der Deutschen Volkspartei 1 (unverändert) an. Nicht mehr vertreten sind die Freisinnigen.

Aus Esch-Lothringen, 20. Juli. (Fig. Ver.) Ein recht eigenenthümlicher Fall von Germanisation spielte sich kürzlich vor dem Schöffengericht des unterälteste Städtchens Hoshelden ab. Der Klempnergehilfe L. hatte einem armen blinden Mann, dem Freunde seines Vaters, die Fensterahmen neu gekleidet. Den mittleren Theil des Rahmens strich er dabei in seiner ganzen Länge roth an mit einem blauen Streifen in der Mitte, während die übrigen Theile grauweiße Farbe erhielten. Am 11. Juni belam der Gendarm Weidmann die neu dekorirten Fenster zu Gesicht und ließ sie wegen ihrer staatsgefährlichen Trivialisirung sofort in das Amtsgerichtsgebäude verbrennen. Fast volle fünf Wochen mußte deshalb der arme Mann sein Stübchen ohne Fenster bewohnen. Nur ist er noch wegen seiner Fensterahmen, die er natürlich nie gesehen hat, zu vier Wochen Haft verurtheilt worden. Der genannte Klempnergehilfe erhielt für seinen Liebesdienst 14 Tage Haft.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am Stichwortsache geriet im Kreise Schweidnitz ein Leutnantsdorfer Genosse mit dem Wahlvorstand in Ludwigsdorf in Differenzen, gelegentlich welcher er sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Das Plensburger Landgericht hat den Meieristen Gelschtrup wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die in Frage stehenden Aeußerungen hat Gelschtrup in angetrunkenem Zustande gethan. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Oesterreich. Wien, 20. Juli. In dem heute unter Vorsitz des Handelsministers und in Anwesenheit des Ackerbauministers eröffneten Industrie-Vertrats hat der Handelsminister die zukünftige Thätigkeit des Industrie-Vertrates, welcher sich im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Sektion nicht nur mit den Fragen der Industrie und des Handels, sondern auch mit gewerblichen Fragen befassen werde, sowie mit der Erziehung und technischen Heranbildung, der geistigen und materiellen Hebung der arbeitenden Klassen. Der Minister kündigt die Absicht an, durch Errichtung eines Arbeitsstatistischen Amtes unter Vinuzugleich von Vertretern der arbeitenden Klassen eine weitere beratende Stelle für die Lösung der sogenannten sozialpolitischen Fragen zu schaffen. Die nächste Aufgabe des Industrie-Vertrates bilden die Vorarbeiten zu den im Jahre 1900 zu erneuernden Handelsverträgen unter Einberufung von Experten. Der Minister erklärt, daß hierzu volle Arbeit über den Umfang des Zollabietes notwendig sei,

welches bisher als österreichisch-ungarisches austrat, also ein Ansporn mehr, die Verhältnisse zu Ungunsten Reine zu bringen. Der hohe Ernst der Situation gebiete Vorbereitungen für den Fall zu treffen, daß der Ausgleich mit Ungarn nicht zu Stande komme. Das sei aber nicht allein Sache der Regierung, sondern aller Theilhaber. „Wir wollen“, so sagte der Minister, „alle diese Vorbereitungen nicht zu einem kriegerischen Ende treffen, sondern die Konsequenzen und Möglichkeiten einer Trennung eingehend prüfen, um, wenn auch in letzter Stunde, die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zu erhalten. Sodann wurde die Konstituierung der ständigen Abtheilung und Vertheilung der Referate vorgenommen. —

Frankreich. Paris, 20. Juli. (Fig. Ver.) Die Generalstabspreffe geberdet sich wie siegestrunken über Jola's zeitweilige Abreise ins Ausland. Der Siegesjubiläum gehört zu ihrem Handwerk. Noch jedesmal, wenn Jola auf einen richterlichen Anordnungsinstanz antwortet, so ist bereitete oder zu bereiten Suchte, heulte jene Preffe über seine „Reinheit“ und versicherte diejenigen, die nicht alle werden, daß es nun mit dem „Verfechter des Verathes-Syndikats“ Matthei am letzten sei. In Wirklichkeit ist Jola's Abreise weiter nichts als ein neuer Versuch, eine allseitige richterliche Verhandlung über seinen Anklage-Brief zu erwirken. In den gegenwärtigen Umständen hätte ein Verbleiben Jola's in Paris die Wiederaufnahme des Prozesses binnen zwei oder drei Wochen bedeutet, d. h. noch vor Abschluß der Untersuchungen in Sachen Esterhazy und Biquart. Jola erwartet aber — ob mit Recht oder nicht, das hängt von der Unparteilichkeit der Untersuchungsrichter ab — von jenen Untersuchungen werthvolle Ergebnisse für die von ihm verfolgte Sache.

Wie unbehaglich die von Jola erzwungene Verschiebung des Prozesses dem Generalstabe ist, erweist man übrigens daraus, daß die Justiz dem Augenblick mit dem Gedanken umging, Jola sofort nach dem Anklamurtheil für ein paar Stunden zu verhaften, um die gesetzlich vorgeschriebene Mittheilung des Urtheils an die Person des Angeschuldigten zu ermöglichen.

Der Vergleich zwischen der zeitweiligen Abreise Jola's und der Nicht des Generals Boulanger hinkt in jeder Beziehung. Jola ist kein Parteiführer, dessen Abwesenheit die Partei außer Rand und Band treibt. Im Gegenteil, gerade seine Abwesenheit hält den Kampf wach und verlängert ihn. Der Gewinn von Zeit bietet aber in der Dreyfus-Affäre, wie der bisherige Verlauf gezeigt hat, noch immer die besten oder die weniger schlechten Aussichten für die Durchsetzung der Revision des Dreyfus-Prozesses.

Paris, 21. Juli. Den Blättern zufolge hat sich Oberst Henry geweigert, dem Untersuchungsrichter Verulius die Kontenlisten Esterhazy's mitzutheilen. Verulius begab sich deshalb ins Kriegsministerium, um die Herausgabe der Liste zu verlangen. — Der Advokat Téghnas richtete an Verulius das Ersuchen um einstweilige Freilassung Esterhazy's. — Ein Gerichtsbeamter begab sich gestern nach dem Landsitz Jola's in Meban bei Paris, um ihm das Urtheil des Pariser Schwurgerichtes zu zustellen. Das Dienstpersonal weigerte sich indessen, das Schriftstück entgegenzunehmen. Es verlangt, die Gerichtsbehörde werde die Befehlsgabe des Mobilars Jola's beauftragen, um die Bezahlung der Geldbußen und Gerichtskosten zu sichern.

Ein Brief Björnson an Jola. Der bekannte norwegische Dichter, der stets die lebhaftesten Sympathien für Jola's Kampf in der Dreyfus-Affäre bezeugt, hat einen Brief an Jola gerichtet, dessen Einzelheiten jedoch kaum durchweg richtig sein können. Er schrieb:

„Lieber Meister! Ich halte mich gegenwärtig in München auf. Eine der Münchener Verhältnissen erzählt mir jedoch, daß der deutsche Reichsminister, Herr Hofmann, ihm unumwunden gesagt hat, daß Dreyfus, soweit es Deutschland betrifft, ganz unschuldig ist. Und ebenso unumwunden hat er den Säuldiogen genannt. Aber passen Sie auf,“ fügte er hinzu, „die Franzosen werden es nie zugeben, daß die Sache revidirt wird. Dreyfus muß sterben, wie der Jude aus Nazareth, um die Sünde anderer zu sühnen.“

Ich lese in dem Blatt des französischen Generalstabs „Echo de Paris“, daß Alfred Dreyfus Frankreich auch an die Italiener verathen hat, was doch ganz ungläublich ist nach der Erklärung der italienischen Regierung. Der italienische Kriegsminister hat damals bezeugt, daß Alfred Dreyfus nie mit irgend einem italienischen Agenten zu thun gehabt hat. Ich bin diesen Winter in Rom gewesen. Dort wurde allgemein angenommen, daß diese vom französischen Generalstab so mißhandelte Erklärung von ihm selbst stammte. Ich weiß, daß der Märtyrer der Teufelsinsel beim italienischen Hof mittelmäßige Sympathien hat. Dort ist die Revision ein warmer Wunsch, wie übrigens in ganz Italien.

Weiter kann ich erzählen, daß schon zur Zeit der ersten Interpellation wegen der Dreyfus-Affäre im Palais Bourbon ein Florentiner Professor von einem italienischen Generalstabsabtheiler hörte, daß Alfred Dreyfus nicht der Schuldige sei, sondern ein älterer und höherer französischer Offizier.

Für alles, was ich hier schreiben, kann ich meine Gewährsmänner nennen. Sie sind alle willig, es zu bezeugen.

Mit meiner ganzen theilnahmevollen Sympathie Björnson's Björnson.“

Dänemark. Der sozialdemokratische Parteitag, der in Odense tagte und über dessen erste Verhandlungstage wir bereits berichteten, hat an seinem dritten und vierten Verhandlungstage folgendes besprochen und beschlossen:

Zur Vermehrung der Agitation wurde die Begründung neuer lokaler Parteiblätter in einer Resolution beschlosener. Das in Kolding erscheinende sozialistische Wochenblatt soll von der Partei übernommen werden.

Es soll im Reichstag beantragt werden, daß der Wahltag entweder auf einen Sonntag verlegt oder für einen Feiertag erklärt wird.

Ein Antrag, daß die Partei kooperative Unternehmungen zu Gunsten der Parteimittel ins Werk setzen solle, wurde abgelehnt mit der Begründung: „Der Kongreß ist der Meinung, daß die Ausrottung der Armut nur dadurch geschehen kann, daß die Produktionsmittel sozialisirt werden. Zur Erreichung dieses Ziels ist die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter erforderlich.“ Nur wo es sich um Unternehmungen handelt, die ganz besonders günstige Chancen haben und durch besondere Umstände erwünscht sind, soll die Frage kooperativer Unternehmungen von dem Ausschuss der vereinigten Fachvereine und dem Geschäfts-ausschuss des Parteiverbandes geprüft werden. Nur auf Anraten dieser beiden darf ein derartiges Unternehmen dann ins Werk gesetzt werden.

Der Ausschuss für die Landarbeiterfrage hatte inzwischen einen Antrag ausgearbeitet, der angenommen wurde und etwa besagte: „Es wird den Reichstags- Mitgliedern Anerkennung ausgedrückt für die bisherige Vertretung der Landarbeiterfrage. Die Distriktsausschüsse werden aufgefordert, ihre Agitationskraft auf das Land noch mehr zu konzentriren. Die Landarbeiter müßten Delegirte zu den Distriktsversammlungen der Partei entsenden. Die Landarbeiter in den einzelnen Distrikten müßten in erhöhtem Maße Lokalverbände der Landarbeiter gründen. Endlich sei der Anschluß an die allgemeine Arbeiterorganisation empfehlenswerth.“

Ferner wurden eine Reihe Statutenänderungen angenommen, darunter die, daß in jeden Agitationsausschuss ein Landarbeiter gewählt werden soll, wo es sich machen läßt. Ein Kongreß soll in Zukunft nur jedes dritte Jahr abgehalten werden. Der nächste Kongreß findet 1901 in Kopenhagen statt.

Genosse Knudsen hob in seiner Schlussrede hervor, wie trotz allerlei Meinungsverschiedenheit in allen Fragen Einigkeit erzielt worden sei.

Dem Kongreß folgte ein großartiges Arbeiterfest am Sonntag Abend. Von Unregelmäßigkeiten, die beim Häuserauf durch die städtische Verwaltung in Kopenhagen vorgekommen sind, hatten wir berichtet. Wir hatten auch mitgetheilt, daß der sozialistische Vice-

Präsident des Gemeinderaths, Peter S o l m, in den Verdacht gekommen ist, Mitschuldiger zu sein, und daß er deshalb sein Amt vorläufig niedergelegt habe. Jetzt wird aus H a m b u r g mitgeteilt, daß Holm dort auf Verlangen der dänischen Gerichtsbehörden verhaftet worden ist.

Die Untersuchung wird ja zeigen, ob Holm wirklich schuldig ist. Jedenfalls ist denen, welche diese Angelegenheit gegen die dänische Sozialdemokratie ausspielen möchten, in Erinnerung zu rufen, daß gerade das sozialdemokratische Parteiblatt es war, die jene unregelmäßige Verwendung des Gemeindevermögens zuerst ans Licht gebracht hat.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Juli. Nach einer aus Kreta eingetroffenen Meldung richtete Admiral Voitiers anlässlich der Verweigerung der Erlaubnis, 60 türkische Soldaten auf Kreta an Land zu setzen, ein Schreiben an Dschawad Pascha, in welchem erklärt wird, daß keinerlei Verstärkungen für die türkischen Garnisonen landen und keinerlei Bewegungen innerhalb der Garnisonen stattfinden dürfen. Gleichzeitig wurde allen Schiffsagenturen verboten, Truppentransporte für Kreta anzunehmen.

Kanea, 21. Juli. Die kretische National-Versammlung nahm den Entwurf für die provisorische Verwaltung der Insel im Prinzip einstimmig an, jedoch mit einigen Vorbehalten, über welche noch weiterberaten werden wird.

Afrika.

Zu Ägypten sucht England systematisch seinen Einfluß zum ausschlaggebenden zu machen. Die der „Agence Havas“ aus Alexandria gemeldet wird, werde gegenwärtig der Versuch gemacht, die ägyptischen Eisenbahnen für 25 Millionen Pfund, welche zur Hälfte von einem lokalen Syndikat, zur Hälfte von einem englischen Syndikat aufgebracht werden würden, zu verkaufen. Der Verkauf solle den Zweck haben, daß, unter Hinzufügung des Restes aus dem letzten Verkauf der Dairo-Sanieh-Anleihe, mit der Tilgung der ägyptischen Schuld begonnen werden würde, um die europäische Kontrolle über die Staatsschuld zu befestigen. Ob die Mächte sich diesen englischen Wünschen fügen werden, darf sehr bezweifelt werden.

Asien.

Peking, 19. Juli. Der russische Geschäftsträger Pawloff entschuldigte sich wegen seiner kürzlichen Drohung, Peking zu verlassen, welche ohne Autorisierung erfolgt sei, besteht aber auf seinem Verlangen, daß britische und deutsche Instruktionen von der chinesischen Flotte ausgeschlossen werden sollen.

Amerika.

Valparaiso, 20. Juli. Während der Kammerdebatte betreffend die Einführung von Papiergeld sammelte sich eine Menge von Arbeitern um das Parlamentsgebäude an und forderte Arbeit. Ihre Forderung wurde so bedrohlich, daß starke Militär- und Polizeimannschaften aufgestellt wurden, um eventuell auf die Menge zu feuern. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Nachher wurde die Bill betreffend die Ausgabe von 50 Millionen Dollars in Papiergeld angenommen. Alle Geschäfte sind tatsächlich unterbrochen.

Partei-Nachrichten.

Auf der Flucht vor der ungarischen Schandwirtschaft kam am Freitag ein Parteigenosse aus Budapest durch Mannheim. Unter dortiges Partei-Organ erzählt über das Schicksal des Betroffenen: Als im Mai dieses Jahres die Sozialistenbewegung in Ungarn ausbrach und jeder, der nur irgendwie im Gerüche stand, für die Sozialdemokratie agitatorisch tätig zu sein, ins Gefängnis gesteckt wurde, wurde auch er, da er Annoncen-aquisiteur und Versammlungs-Berichterstatter unseres Budapest-Parteiorgans war, mit den Redakteuren unseres Bruderblattes festgenommen. Man konnte ihm weiter nichts nachweisen, als seine Jugendsorglosigkeit zur sozialdemokratischen Partei und er wurde deshalb nur zu 18 Tagen Kerker und 5 Jahren Zwangsaufenthalt in seinem Geburtsort verurteilt, von Weib und Kind losgerissen und auf dem Schut in seine Heimat überführt. Dortselbst, einem Reste von 600 bis 700 Köpfen, wäre er, da er kein Handwerker gelernt hat, sondern von Beruf Kaufmann ist, verhungert, verdorben und gestorben. Darum rief er schon vier Tage danach aus und wanderte in einem vierwöchentlichen nächtlichen Marsch nach Budapest zurück, verschleuderte sein Mobiliar an Bekannte und schließlich mittels des geringen Ertrages hierfür sammt Weib und Kind nach Wien. Die dortigen Parteigenossen halfen ihm weiter bis Stuttgart und die Stuttgarter Genossen bis Mannheim. Hier brachte die Brauerverammlung, die am Freitag Abend tagte, durch eine Sammlung 25,16 M. für die drei Opfer des Klassenkampfes auf, so daß wir mit einigen weiteren Beiträgen in der Lage waren, sie ein gut Stück Weges zu ihrem Endziel weiter zu befördern. Sie haben den deutschen Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt und brauchen nicht mehr zu befürchten, vom nächstbesten Geistesbrenner aufgegriffen und an die österreichische Grenze zurückgeschickt zu werden, weshalb wir auch, ohne ihnen zu schaden, Anteilnahme von ihrer Flucht vor der ungarischen Gewaltthätigkeit machen können. Wenn es dem Manne gelingt, sich in der Fremde eine Existenz zu gründen und eine neue Heimat zu erwerben, so wird er wohl zeitweilig mit Liebe seines Vaterlandes gedenken, wo man jedem, der nicht genau so will, wie die kapitalistischen Nachbarn, die Vaterlandsliebe und die Liebe zu unserer gottgewollten kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch Gefängnis, Deportation und Vernichtung der Existenz einzupumpen versucht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung der preussischen Richter ist der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, Genosse Müller, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Vergehen wurde gefunden in einer Zurückweisung gegnerischer Zeitungsangriffe, welche die Ausruf „Unser neues Kurs“ betroffen hatten. Die „Magdeburger Volksstimme“ nahm die wegen angeblicher Streikvergehen schwer bestraften Arbeiter in Schutz und kritisierte die bei dergleichen Anlässen übliche gewöhnliche Rechtsprechung. Obwohl hierbei nur ganz allgemein von „Justiz“ gesprochen wurde, erklärte das Magdeburger Landgericht, alle preussischen Richter seien beleidigt, und kam so zur Verurteilung. Dies Urteil ist wiederum in höchstem Maße befremdlich. Es wird schließlich überhaupt unmöglich, eine bestehende Einrichtung zu kritisieren, wenn es angängig sein soll, die Träger und Vertreter einer öffentlichen Einrichtung als durch die Kritik getroffen statt der Einrichtung selbst anzunehmen.

— Am 18. Juli hatte der Genosse Rosenow in Chemnitz so eine Art Jubiläum. Es waren 2 Jahre her, seitdem ihm die Aufenthaltbeschränkung auferlegt worden war. Bekanntlich war es die Chemnitzer Amtshauptmannschaft, die ihm, nachdem er eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt hatte, eine Verfügung stellte, worin ihm das Verbot der Vororte von Chemnitz verboten wurde. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen das Verbot wurde die zwangsweise Hinausbringung aus dem betreffenden Orte sowie achtjährige Haftstrafe angedroht. Diese Verfügung wurde damals in der ganzen Chemnitzer Presse besprochen. Der Betroffene, Genosse Rosenow, wandte sich zunächst an die Kreisamtsmannschaft Zwickau, von welcher jedoch die Verfügung ausgehten wurde. Darauf wandte er sich nach Dresden an das Ministerium des Innern, welches den Beschwerdeführer jedoch ebenfalls abwies und aus den Landtagsberichten nachwies, daß man auch gegen politische Vergehen das Verbot setzen könne und es sich auf den Fall Rosenow anwenden ließe. Eine Beschwerde Rosenow's beim Bundesrat wurde gleichfalls abgewiesen und so blieb das Aufenthaltsverbot in Kraft, bis es jetzt nach zweijähriger Dauer sein Ende erreicht hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Durch die erfolgte Arbeitsniederlegung der Potsdamer Maurer sind naturgemäß auch die Bau-Arbeitsleute in Mitteldeutschland gezogen worden. Dieselben bilden eine gesonderte Organisation und haben sich infolge des Bauereistrits veranlaßt gesehen, nun ebenfalls erhöhte Lohnforderungen zu stellen. Der Stundenlohn für gewöhnliche Arbeitsleute betrug bisher 25 Pf., derjenige für Stall- und Steinträger 27—28 Pf. Gefordert wird nun ein Mindest-Stundenlohn von 32 Pf. und diese Forderung begründet mit der Unauskömmlichkeit der bisherigen Lohnsätze angesichts der hohen Preise für Lebensunterhalt. Der Bauereistrit ist dieser Antrag bereits eingereicht worden, doch hat dieselbe noch keine Stellung zu diesem Antrage genommen. Wie indessen privatim verlautet, ist die Innung nicht genehmigt, diesem Antrage Folge zu geben, und dürfte sich höchstens zu einer Lohnhöhung auf 30 Pf. pro Stunde für Stall- und Steinträger verstehen.

Der Generalstreik der Maurer in Potsdam hat eine für die Innungsmeister ebenso unerwartete wie schmerzliche Wirkung ausgeübt. In Potsdam war es nämlich von jeher Sitte, bei den Innungs-Quartalen zur höheren Ehre des Handwerks einen Festzug durch die Stadt zu veranstalten und mit dem verfallenen Innungsprunk zu paradiern. Bei dem diesmaligen, dieser Tage stattgehabten Innungs-Quartale hat dieser Festzug durch die Stadt unterbleiben müssen, weil den Innungsmeistern keine Leute zu Gebote standen, die ihnen als Staffage zu dienen bereit gewesen wären. Mit den Polikeren und den Lehrlingen allein ließ sich aber beim besten Willen kein Festzug arrangieren, und um sich nicht zu blamieren, wurde derselbe gänzlich unterlassen.

Berichtigung. In unserer Notiz über die Streikstatistik der Zimmerer in Nr. 167 vom Mittwoch, den 20. Juli, muß es heißen: Diese Streiks verursachten einen Kostenaufwand von 55 871,04 M. für 25 570,50 Streiktage, anstatt, wie es fälschlicherweise hieß, daß die letztere Summe für Streikunterstützung gezahlt worden sei.

Deutsches Reich.

Ueber den Stand des Breslauer Maurerstreiks ist in einer am Dienstag in Breslau tagenden Versammlung folgendes berichtet worden: Als ausständig haben sich in den Filialen 1891 Mann angemeldet; davon sind 692 abgereist. Von den Streikenden sind 825 beheimatet, die zusammen 1695 Kinder haben; 179 sind unverheiratet. Die Zahl der Maurer, die zu den alten Bedingungen arbeiten, beträgt 133. Es sind demnach einige „Arbeitswillige“ mehr zu verzeichnen, was aber nichts zu bedeuten hat. Im Gegenteil ist es zu verwundern, daß die Zahl derjenigen, die am Montag wieder zur Arbeit zurückkehrten, nicht größer ist. Beschlossen wurde, an den Arbeitgeber-Verband die Anfrage zu stellen, ob er zu Verhandlungen geneigt sei.

Zum Hamburger Brothoykott. Am Dienstag Abend wurde in Hamburg-Aitona ein Flugblatt verbreitet, betitelt: „Wer hat recht?“ Im übrigen ist neues nicht zu melden. Interessant ist jedoch, was ein Zeitungsorgan, die „Osnabrücker Volks-Ztg.“ über den Wälderstreik schreibt: „Die schwere wirtschaftliche Krise, die schon seit Wochen die Gemüther unserer Bevölkerung in Aufregung erhält, nimmt einen immer ernsthafteren Charakter an. Die Bewegung der Wäldergesellen zwecks Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist zu einem Klassenkampf im vollen Sinne des Wortes geworden. Die extremsten Elemente des beherrschenden Bürgertums und des kapitalistischen Proletariats reichen sich einträchtig die Hände, um die verzweifelte Anstrengung eines schwer gedrückten Teiles der arbeitenden Klasse beifalls Abfertigung eines patriarchalischen Bevormundungssystems und Durchsetzung billiger Ansprüche in bezug auf Lohn und Arbeitszeit zu hintertreiben. Auf der anderen Seite aber steht die gelammte Arbeiterbevölkerung sowie der kleine Handwerkerstand Hamburg-Aitonas, und angesichts der Mißstände, die bis jetzt in einer großen Anzahl hiesiger Wäldereien unter den Augen der Aufsichtsbehörde bestanden, wäre es schon im öffentlichen Interesse zu wünschen, daß unter strenger Durchführung des vom Gewerkschaftsrat proklamierten Brothoykotts, dieser Kampf zu einem für die Wälder-Arbeiter befriedigenden Ausgang geführt werde. Leider ist auch hier wieder zu konstatieren, daß die staatlichen Organe zu gunsten der Arbeitgeber-Partei ergreifen, indem den Post- und Zollbeamten, Lehrern u. s. w. in mehr oder weniger direkter Weise verboten wird, ihren Bedarf an solchen Wäldereien zu beziehen, die die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Man wird man dort endlich einsehen lernen, daß man auf solche Weise nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt! — Die Berliner Wälderrichtung „Germania“ hat am Dienstag Abend eine Versammlung abgehalten, um die Hamburger Meister ihrer Hilfe zu versichern — natürlich nur der sogenannten „moralischen“, denn Geldgeben kommt die bieberen Meister immer seltener an. Nebenbei trat sehr deutlich hervor, daß das Interesse für die Hamburger Vorgänge einem Gefühl der Angst entspringt. Altmeyer's Pöbel, der eine Studienreise nach Hamburg gemacht hatte, meinte, falls die Gesellen in Hamburg den Sieg davontragen sollten, so sei mit Sicherheit anzunehmen, daß Berlin der zweite Ort wäre, wo die Gesellen wegen der Abschaffung des Koss- und Logiswesens in einen Streik eintreten würden. Kein Wunder, daß die Berliner Meister ihre Hamburger Kollegen durch — papierene Resolutionen unterstützen.“

Die Polizei im Kampfe gegen streikende Arbeiter. In Burgdorf (Provinz Hannover) befinden sich seit einiger Zeit die Richter im Streik. Einer der Streikenden ging mit seinem Entlassungsschein nach der Polizei, um ihn behördlich beglaubigen zu lassen. Derselbe zeigte neben das polizeiliche Siegel noch folgenden Vermerk:

„Derselbe (folgt Name) ist wegen Streiks aus der Arbeit getreten.“

Beglaubigt: Mautenkranz, Polizei-Sergeant.“

Auf seinen Einspruch wurde diese Stelle nachträglich wieder durchstrichen. Der Fall zeigt von neuem, wie weit wir in Deutschland nun bereits gekommen sind. Ueberall greift die Polizei regelmentierend ein — gegen die Arbeiter. Handelt es sich hingegen darum, die Unternehmer zur Einhaltung der Gesetze zu veranlassen, dann haben wir nach Pöschel — zu viel Polizei!

Die Verhandlungen der Magdeburger Bauarbeiter mit den Unternehmern, die unter Leitung des Oberbürgermeisters stattgefunden haben, haben zu einer Einigung nicht geführt. Die Arbeiter verlangen einen Minimal-Stundenlohn von 45 Pf., die Meister wollen Maschinenlöhne von 40, 41, 42 und 43 Pf. bewilligen. Außerdem mögen sie mit der Lohnkommission nicht verhandeln, sondern es sollen von jedem Bau drei Arbeiter in einen Ausschuss gewählt werden, der dann aus seiner Mitte die Lohnkommission zu wählen hätte. Die Bauarbeiter lehnten in einer Versammlung diese Vorschläge einstimmig ab. Die Abstimmung, an der sich 1367 Personen beteiligten, geschah durch Stimmzettel. Auf erneuten Antrag der Streikenden hat sich indes der Bürgermeister zu nochmaliger Vermittlung bereit erklärt und ist bereits ein weiterer Verhandlungstermin festgesetzt. — 24 Zimmerer haben wegen Streikpostens, 2 wegen unerlaubten Kollektirens Strafmandate in der Höhe von 80 M. erhalten.

Im Erfurter Brauereigewerbe ist es zu recht ersten Differenzen gekommen. Die Arbeiter haben an die Brauereibesitzer die Forderung auf Einführung der Sonntagsruhe gestellt. Die Einführung soll zulünftig dergestalt sein, daß in jeder Brauerei von dem Arbeitspersonal je nur die Hälfte des Sonntags beschäftigt wird, mithin die Arbeiter wenigstens alle 14 Tage einen freien Sonntag haben, was bisher nicht der Fall war. Ferner wird gefordert, daß die Sonntagsarbeit nur 3 Stunden (bisher 6 Stunden und darüber) beträgt, jede für den Wochentag auszuführende Arbeit vermieden und jede Beschäftigung von mehr als 3 Stunden mit 40 Pf. pro Stunde bezahlt wird (bisher gab es für Sonntagsarbeit keine Ertragsvergütung). Die Brauereibesitzer lehnten alle Forderungen ab und erließen ein geheimes Rundschreiben an

die Brauereibesitzer Thüringens, worin die Kollegen aufgefordert werden, der Willkür der „sozialistischen Brauereiarbeiter“ entgegenzutreten und dieserhalb sich dem Erfurter Lokalarbeiter oder dem Zentralverein deutscher Brauereien gegen Verurteilung anzuschließen. Die Arbeiter beschloßen in einer zahlreich besuchten Versammlung einstimmig, an den gestellten Forderungen festzuhalten, und beauftragten das Gewerkschafts-Komitee, die weiteren Maßnahmen in dieser Angelegenheit zu treffen.

Unternehmer-Voykott. Ein Dortmund Holzhändler, der die Forderungen der ausständigen Arbeiter bewilligt hatte, erhielt vom Verband der Holzfabrikanten und Stiller von Rheinland-Westfalen ein Schreiben, in welchem ihm „freundlich“ mitgeteilt wurde, daß der Verband den Beschluß gefaßt habe, von keinem Holzhändler, vorläufig auf zwei Jahre, kein Holz mehr zu kaufen, der an ihn Holz verkaufe. — Selbstverständlich wird nun der Staatsanwalt gegen den Verband einschreiten wegen Verurteilung bezw. groben Unfugs — oder nicht?

Zum Streik der Modell- und Fabrikarbeiter in Leipzig ist mitgeteilt, daß bis jetzt 16 Firmen bewilligt haben.

Der Streik in den Oberrheinischen Metallwerken zu Mannheim dauert fort. Der Unternehmer ist dieser Tage vom Mannheimer Gewerbegericht zur Zahlung der von den zu unrecht entlassenen Arbeiterinnen eingeklagten Löhne verurteilt worden.

Eine Versammlung der Holzarbeiter in Zwickau nahm, wie der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt wird, den Vorschlag der Meister an, die eine zehnprozentige Lohnhöhung, eine Arbeitszeit von wöchentlich 60 Stunden und einen zehnprozentigen Lohnzuschlag auf Ueberstunden anbot.

Ausland.

Ueber den Genfer Bauarbeiter-Streik meldet der offizielle Telegraph unterm 20. d. M. folgendes: Der heutige Tag ist ziemlich ruhig verlaufen. Infanterie- und Kavallerie-Abteilungen bewachen die Arbeitsplätze und durchziehen die Straßen. Die Polizei verhaftete etwa 50 Anarchisten und Mädelöcher, darunter den Anarchisten Berard, der alle Augen, die er in seinem Revolver hatte, auf den Polizeikommissar und die Agenten abfeuerte, ohne zu treffen. Ueberall unterstülten die Bürger die Polizei. Die Arbeiter verlangten eine Frist von 24 Stunden zur Beantwortung der Vorschläge der Arbeitgeber, welche ihnen durch den Staatsrat übermittelt wurden. Wahrscheinlich werden zahlreiche Arbeitsplätze morgen wieder geöffnet werden.

Ein späteres Telegramm lautet: „Infolge des Ausstandes der Bauarbeiter, welcher zu ersten Aufregungen und zum Aufgebot von Truppen führte, wurde der sozialistische italienische Arbeitersekretär Bergmann und vier andere italienische Arbeiterführer ausgewiesen. Dieselben werden heute Nacht an die Grenze gebracht werden.“

Unternehmer-Verbände.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat hat am Montag eine Erhöhung der Kohlenpreise beschloßen. Der angenommene Antrag lautet: „Neue Abschlässe in Koksöfen für das nächste Geschäftsjahr auf Grund eines Nichtpreises von 8,50 M. zu befestigen“, was einer Preissteigerung von 50 Pf. pro Tonne entspricht. Als Begründung wurden die gute Lage der Industrie, die gestiegenen Löhne und die Höhe der Preise für Eisenmaterialien, Grubenholz und Pferdebesorgung angeführt. Die „Rheinisch-Westfälische Arb.-Zeitung“ bemerkt hierzu: „Wenn die Arbeiter über die gute Lage der Industrie für Lohnverbesserungen auszuweichen wollen, so pflegen die Grubenverwaltungen dies als unbedingte Verantwortlichkeit hinzustellen. Ferner wehren sich die Gesellen vielfach gegen die Reformen (wie Verleumdung und elektrische Lampen) und drohen eventuell mit Erhöhung der Kohlenpreise. Tatsächlich aber erhöhen sie, wie man sieht, die Kohlenpreise, nicht um Reformen zu ermöglichen, sondern zu ihrem eigenen Vorteil.“

Fünfte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, den 20. Juli 1895.

Nachmittags-Sitzung.

Mit der Vertikalerstattung über den Stand der Mitgliedschaften wird fortgefahren. Es geht aus den Berichten fast sämtlicher Delegierten hervor, daß seit der vorigen Generalversammlung die Mitgliederzahl der einzelnen Mitgliedschaften abgenommen hat. Die Mitgliedschaften der Schauerleute und Übersetzer Hamburgs haben ihren alten Stand behalten. Der Delegierte für Schönebeck hatte in der Vormittags-Sitzung mitgeteilt, daß in seinem Heimatshafen Korrigenden am Hafen beschäftigt worden seien.

Ein Antrag, der neugewählte Zentralvorstand solle bei der preussischen Regierung dahingehend wirken, daß die Korrigendenarbeit in Schönebeck befristet werde, wurde einstimmig angenommen.

Es gelangt der 3. Punkt der Tagesordnung: „Organisationsfrage“ zur Verhandlung. Ein Antrag, den 5. Punkt der Tagesordnung: „Agitation“ mit diesem Gegenstand gemeinsam zu verhandeln, wird angenommen.

Die vom Kongress der Generalversammlung zur Verlesung überreichte Resolution, wonach der Verband der Hafenarbeiter weiter ausgebaut und ein Verband aller in der Transport-Industrie beschäftigten Arbeiter angebahnt werden soll, ferner eine Resolution des Kongresses, welche fordert, daß der Zentralvorstand bzw. eine zu wählende Kommission mit der Sammlung von Material betreffs der übermäßig langen Arbeitszeit beauftragt werde, um auf gesetzlichem Wege eine Verkürzung bezw. Verringerung der Nacht- und Sonntagsarbeit herbeizuführen, werden zur Diskussion gestellt.

Mehrere Delegierte empfehlen eine Agitationskommission.

Landahl-Hamburg führte aus, die Agitation müsse eine bedeutend intensivere sein. Trotzdem 51 Hafenstädte zum Kongress eingeladen worden seien, sei dieser doch nicht so besetzt worden, wie man erwartet habe. Es sei also noch viel zu thun übrig. Alzuviel könne er sich von der Vorschlag gebrachten Agitationskommission nicht versprechen. Es Hauptfrage sei, daß eine enge Fühlung zwischen dem Vorstand und den Mitgliedschaften hergestellt werde.

Decker-Magdeburg empfiehlt die Wahl einer aus fünf Personen bestehenden Agitationskommission, an welche das auf die Agitation bezügliche Material gesandt werden müsse. Die Kommission müsse ihren Sitz in Hamburg haben.

Schleef weist auf die Schwierigkeit der Ausführung der in Vorschlag gebrachten Anträge hin. Die Übersetzer Hamburgs hätten sich die größte Mühe gegeben, brauchbares, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffendes Material zu sammeln. Viele Fragebogen seien erst sehr spät eingelaufen, andere garnicht ausgefüllt worden. Mit der Wahl einer Kommission allein sei es nicht gethan, sie soll auch gut arbeiten.

Evers-Köln beschränkt sich darüber, daß keine genügende Agitation an der Ostküste betrieben worden ist. Die Agitation müsse von guten Kräften ausgeführt werden. Die Wahl einer Kommission sei erforderlich, damit etwas Erprobliches geschaffen werde. Statistische Erhebungen seien einzuleiten. Es sei im vorigen Jahre auf der Generalversammlung beschloßen worden, statistische Erhebungen zu veranstalten. Der Zentralvorstand habe aber nichts nach dieser Richtung hin gethan.

Kellermann-Hamburg weist den Vorwurf zurück und bemerkt, daß der Borredner ja selbst auf Kosten des Verbandes an der Ostküste agitiert habe. Es sei auch nicht von der vorigen Generalversammlung beschloßen worden, allgemeine statistische Erhebungen zu veranstalten, sondern der Beschluß lautete dahingehend, daß die Vorstände der einzelnen Mitgliedschaften statistische Erhebungen veranstalten sollten.

Sabat, Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, hebt hervor, daß eine Organisation nach allen Seiten hin gut funktionieren müsse. Die Agitationskommission werde schließlich auch nur mit den einzelnen Mitgliedschaften korrespondieren

können. Von den einzelnen Orten aus müßte die Agitation betrieben werden. Er sei garnicht von der Einsetzung einer Agitationskommission erbaulich. Von einer Zentrale aus könne die Agitation nicht so zweckmäßig betrieben werden wie von den einzelnen Orten oder Landesstellen. In den Gewerkschaften werde jetzt überall die Frage des Unterstützungsweßens erörtert. Viele prinzipielle Gegner hingegen gebe es nicht mehr. Die Organisation werde die Mitglieder erst dauernd fesseln, wenn Unterstützungs-Einrichtungen vorhanden sein werden. Diese Frage würden auch die Hafenarbeiter in Zukunft zu behandeln haben. Dem Zentralvorstand müßten vorerst Agitationskommissionen unterstellt werden, die den Vorständen der einzelnen Mitgliedschaften an die Seite gestellt werden müßten.

Von mehreren Delegirten ist folgender Antrag eingelaufen, der zur Diskussion gestellt wird: „Wir beantragen, daß eine Agitationskommission von Seiten der Hamburger, Altonaer und Harburger Mitgliedschaften gewählt wird, welche statistisches Material betr. Arbeitszeit, Lohn, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Unfälle und Krankheit, verursacht durch Verarbeitung gesundheitschädlicher Stoffe, zu sammeln hat. Ferner hat die Agitationskommission die Agitation auf Grund der vom Kongress angenommenen Resolutionen zu betreiben, zu welchem Zwecke ihr 10 pCt. der Einnahme des Verbandes zur Verfügung gestellt wird.“

Hamburg, den 21. Juli 1893.

Zweiter Verhandlungstag.

Döring, zweiter Vorsitzender des Verbandes, eröffnet mit Belehrung der Präsenzliste die Sitzung. Es wird sodann wieder in die Debatte über die Punkte „Organisation“ und „Agitation“ eingetreten. Die Mehrheit der Delegirten, die zu dieser Frage sprechen, treten für die Wahl einer Agitationskommission ein. Zum Theil will man die Kosten für die Kommission durch Ausgabe besonderer Agitationsmarken, also durch freiwillige Beiträge aufgebracht wissen, zum Theil traten die Redner dafür ein, daß der Kommission, wie das schon gestern beantragt ist, 10 pCt. der Verbandseinnahmen zur Verfügung gestellt werden. Bezüglich der von dem Vertreter der Generalkommission, Sabath, gestern gemachten Vorschläge, zur Zehung der Organisation irgend welche Unterstützungen der Mitglieder in die Verbandszwecke aufzunehmen, verhalten sich die meisten Redner, die zu dieser Frage sprechen, ablehnend. Nach mehrstündiger Debatte wird schließlich folgender Antrag einstimmig angenommen: „Aus den Zentralvorständen des Verbandes der Hafenarbeiter und des Verbandes der Seeleute ist eine ständige Agitationskommission zu wählen. Dieselbe hat die Agitation durch Referenten nach auswärtig, sowie die Herstellung von Flugchriften u. s. w. zu veranlassen, statistisches Material betreffs Arbeitszeit, Ueberstunden und Nachtarbeit, Lohnverhältnisse, Unfälle sowie Krankheitsfälle, die durch Verarbeitung gesundheitschädlicher Stoffe herbeigeführt sind, zu sammeln. Sie hat auf der Basis der diesbezüglichen Resolution des Kongresses die Agitation zu betreiben. Für die Zwecke dieser Agitationskommission darf der Zentralvorstand 10 pCt. der Gesamteinnahme der Zentralkasse verausgaben. Es wird sodann zu der Statutenberathung geschritten. Ein Antrag Kiesel, daß auch weibliche Personen in den Verband aufgenommen werden sollen, wird einstimmig angenommen. Das Beitrittsgeld soll die gleiche Höhe haben, wie bei den männlichen Personen. Die Beiträge werden für die weiblichen Mitglieder auf 30 Pf. pro Monat festgelegt. Der Antrag der Mitgliedschaften Schönebeck, Duisburg, Wernemünde und Hensburg, den monatlichen Beitrag für männliche Mitglieder von 60 Pf. auf 40 Pf. herabzusetzen, wird mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Der Delegirte von Rostock enthält sich der Abstimmung. Ein Antrag, halbmonatliche Beiträge von 30 Pf. einzuführen, wird abgelehnt. Diesbezügliche Wünsche einzelner Mitgliedschaften sollen jedoch vom Zentralvorstand berücksichtigt werden.“

Soziales.

Arbeiterrisiko. In der Sprengkapselabrik zu Alibem bei Plesch fand am Mittwoch eine Dynamitexplosion statt, bei welcher ein Arbeiter und zwei Arbeiterinnen sehr schwer verletzt wurden. — In Didenburg i. Gr. wurden bei einem Gerüstesturz zwei Arbeiter schwer, zwei leichter verletzt. Die Ersteren sind kurz darauf ihren Verletzungen erlegen.

Ferienidylle. Die Schulferien sind deshalb eingerichtet, damit sich Lehrende und Lernende während einiger Wochen, wenn möglich an einem gesunden und schon gelegenen Landorte von ihrer abspannenden Arbeit erholen, um nach ihnen mit frischen Kräften und gehobener Fähigkeit den Unterricht wieder aufnehmen zu können. Bekanntlich können aber nicht alle Schulkinder einen solchen wohlthätigen Luftwechsel erhalten. Viele sind oft gerade die besten an bedürftigsten sind, müssen ihn entbehren und die heißen Sommertage in der unreinen, dicken Stadtluft zubringen. Doch das sind noch nicht die Bedauernswertesten, die sich während der Ferien auf Straßen und Höfen herumtummeln können. Hin und wieder treffen sie auch ein grünes Plätzchen, wo sie im Grase spielen und träumen können. Viel schlimmer sind jene Aermsten davon, die während der Ferienzeit zu vermehrter industrieller Arbeit herangezogen werden. Bezeichnenderweise geschieht das fast stets in Hausindustrien, weil da keine Aufsichtsbehörde dreinzukommen hat.

Die bunten Bilderbogen aus Neu-Ruppin, zu haben bei Gustav Kühn, kennt wohl jeder Leser und hat in seiner Kindheit wohl selbst mit ihnen gespielt. Nun wohl, diese Ruppiner Bilderbogen werden meist während der Schulferien von Schulkindern kolorirt. In Al- und Neu-Ruppin, in Lindow, Rheinsberg, Wasserhausen und Prignitz erhalten Schulkinder von Zweigniederlassungen der Ruppiner Großindustriellen die lithographirten Bogen zum Koloriren. Dies geschieht mittels Schablonen, und sie werden dafür je nach der Anzahl der für eine Bogenform bestimmten Farben bezahlt, und zwar für jede Farbe auf 480 Bogen in Wasserhausen mit 15 Pf., in Rheinsberg mit 16 Pf., in Lindow mit 17 1/2 Pf., Werden z. B. vier Farben für eine Sorte Bilderbogen gebraucht, so erhalten sie in Wasserhausen für das Koloriren von 480 Bogen 60 Pf. Aber die Bogen werden nicht von den einzelnen Knaben fertig kolorirt, vielmehr schablonirt der eine die ganze Woche blau, ein anderer roth, ein dritter gelb u. s. w., und bei dieser einförmigen Arbeit sitzen die Kinder während der schönen Ferienzeit Tag für Tag, wie der Gewerbe-Aufsichtsbeamte festgestellt hat, 10 Stunden von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr, die nur von drei Pausen im ganzen von 2-3 1/2 Stunden unterbrochen sei. Die Arbeitgeber haben, wenn die Arbeit in den großen Fabriken gemacht wird, auch gar keine Ausgaben für künstliche Beleuchtung. Der Wochenverdienst, zu dem es die Kinder bei dieser einförmigen Ferienarbeit bringen, schwankt zwischen 75 und 250 Pf., je nach ihrer Geschicklichkeit. In der Regel beträgt er in Lindow 120 Pf., in Al-Ruppin 130 Pf., in Wasserhausen 165 Pf. und in Rheinsberg 2 Pf.; für jüngere und ungeschickte aber oft viel weniger. Und trotz dieser erbärmlichen Bezahlung verbringen, wie konstatirt wurde, über 150 Kinder die ganze Ferienzeit bei dieser Arbeit. Viele sitzen aber nicht nur in den Fabriken dabei, sondern auch sonst Mittwoch und Sonnabend von 1 bis 7 Uhr, 45 Kinder fand man auch an allen übrigen Wochentagen ca. 8 Stunden bei dieser Arbeit sitzen. Die seitens der Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf diese Kinderausbeutung aufmerksam gemachte Staatsanwaltschaft beantragte auch die Verhaftung der betreffenden Arbeitgeber; aber der zweite Strafsenat des Reichsgerichts erklärte, daß das Bilderkoloriren nicht als Fabrikarbeit im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen ist!

In Berlin kann man während der großen Schulferien auch Schulkinder, z. B. in der Kastanien-Allee und in der Bergstraße, von früh bis abends beim Plättenkleben sitzen sehen, für einen Arbeitslohn von 30 bis 40 Pf. pro Tag. In Kochen, Purtschlag, Stolberg und Umgegend sind während der Schulferien über 1000 Schulkinder mit dem Annähen von Porzellanknopfen, Oesen, Galen u. s. w. auf Martons beschäftigt und sitzen bei dieser Arbeit von früh bis in die Nacht. Früher wurden diese Kinder in den betreffenden Fabriken selbst beschäftigt, jetzt setzen sie ihre Arbeit als Hausindustrie in den engen Wohnstuben ohne jede Kontrolle fort. Die Arbeit wird in Akkord gegeben. Nicht ganz schlechtere genähte Kartons werden gar

nicht bezahlt. Vier Kinder, im Alter von 12, 10, 8 und 8 Jahren, die zusammen von früh 8 Uhr bis abends nach 9 Uhr gearbeitet hatten, erhielten, wie der Gewerbeinspektor berichtet, dafür zusammen ganze 40 Pf. Die Arbeit ist zwar keine schwere und nicht gesundheitsschädlich; aber daß diese anhaltende und einseitige Beschäftigung eine Fertienerholung sei, wird wohl niemand behaupten wollen. In Pletzkow werden Kinder während der Ferien mit dem Anknüpfen von Rahnadeln und Stopfnadeln auf Draht zum Abschleifen derselben und mit Aufstecken der fertigen Nadeln auf Tuchläppchen beschäftigt. Die Polizeibehörde in Pletzkow stellte fest, daß in den Herbstferien von 1892 717 schulpflichtige Kinder unter zehnjährigen mit solcher Arbeit beschäftigt waren. Der Lohn derselben ist ein ähnlicher. In Barmen-Uberfeld werden auch Kinder während der Ferien vielfach mit dem Verpacken der dort fabrizirten Artikel beschäftigt, und der Berliner Magistrat verwendet nach wie vor Kinder in der Ferienzeit zu der „wohltätigen“ Arbeit auf den Riefenfeldern.

Diese Kinderarbeit, die vielfach in der Ferienzeit begann, wird dann vielfach, da die Kinder einmal auf dieselbe angelehrt sind, auch nach den Ferien fortgesetzt. Die Ferienarbeit ist dann für dieselben doppelt verhängnisvoll. Zwar klagen die Lehrer vielfach über Trägheit, Unaufmerksamkeit und geringe Fortschritte dieser überanstrengten Kinder, aber solange die Richter bis in die höchsten Instanzen alle diese Arbeiten für Hausindustrie erklären, ist keine Aussicht vorhanden, daß diesem verwerflichen Treiben bald Einhalt geboten wird. Hier ist viel Arbeit für den Reichstag!

Zimmer unzufriedener werden die ausländischen Arbeiter in Deutschland. Auf dem Dominium Ober-Paulbrunn, in Reichenbach in Schleßen, liegen gegen 30 galizisch-polnische Arbeiter die Arbeit nieder. Nachdem zwei „Wädelführer“ verhaftet waren, nahmen sie die Arbeit wieder auf. Kurz vorher hatten auf dem Dominium Reudorf — im selben Kreise belegen — die galizischen Arbeiter ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Betriebsunfälle in der Textilindustrie. Nach einer Zusammenstellung über die Unfälle in der oberschlesischen Textilindustrie (Textil- und Seiden-Verufsgenossenschaft für den Bezirk Oberschlesien in den Jahren 1893 bis 1898) ereignen sich die meisten Unfälle vormittags zwischen 9 1/2 und 10 1/2 Uhr und nachmittags zwischen 3 1/2 und 4 1/2 Uhr, und zwar ist die Zahl der Vormittagsunfälle größer als die der Nachmittagsunfälle. Auch in den Angaben für die einzelnen Arbeiterkategorien verhielten sich die Unfallmagnituden nur wenig. Eine Ausnahme bilden die jungen Mädchen in der Stadt Rülhausen, bei denen die meisten Unfälle in den ersten Arbeitsstunden vorkommen. Vergleicht man die Relativzahlen der Unfälle in der Stadt Wülhausen mit denjenigen der übrigen Gemeinden, so zeigt sich, daß die Zahl der Unfälle in Wülhausen bedeutend größer ist, als außerhalb Wülhausens. In Wülhausen Stadt sind fast genau doppelt so viele Unfälle — 17,17 gegen 8,64 auf 1000 Arbeiter — zu verzeichnen gewesen. Thatsächlich dürfte das Verhältnis für die Stadt Wülhausen nicht ganz so ungünstig liegen, da dort die Unfälle regelmäßiger angezeigt werden; doch ist nicht anzunehmen, daß im Durchschnitt in den anderen Gemeinden die Anzeigen in dem gleichen Verhältnis unterbleiben. Die Zusammenstellungen ergeben insbesondere, daß in der Stadt Wülhausen verhältnismäßig viel mehr Unfälle durch das Reinigen der nicht stillstehenden Maschinen vorkommen als in den übrigen Gemeinden, oder mit anderen Worten: daß dort den Arbeitern weniger Zeit für diese Reinigungsarbeiten gelassen wird. Die Angaben zeigten ferner, daß das Verhältnis der Unfälle beim Fügen der nicht stillstehenden Maschinen zu der Gesamtzahl der Unfälle fast stetig gegen das Ende der Woche, also gegen den Haupt-Festtag, mit der Verjämmerung der Maschinen zunimmt. Die verhältnismäßig große Zahl der Unfälle beim Fügen der im Gang befindlichen Maschinen, die bei den Arbeiterinnen bis auf 68 pCt. aller am Tage in dieser Kategorie vorgekommenen Unfälle steigt, sollte, so meint der Fabrikinspektor für das Oberschlesien, Herr Gewerbe Rath Crepin, in seinem diesjährigen Bericht, Veranlassung geben, daß das Fügen der nicht stillstehenden Maschinen unter allen Umständen verboten wird, eine Forderung, die in einem Staatswesen, in dem man es mit dem Schutz der Arbeiter gegen Gefahren ernst meint, als eine selbstverständliche längst durchgeführt sein müßte.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schmiede am vergangenen Mittwoch referirte Gen. Zahn über „Gewerbeegerichte und Innungsgesetz“ unter dem Vorfall der Anwesenden. Da die Schmiede noch größtentheils bei Innungsgewerkschaften zu arbeiten veranlaßt sind, wies der Referent darauf hin, daß es Pflicht aller Gehilfen sein müsse, sich recht lebhaft und zahlreich an den in nächster Zeit bevorstehenden Wahlen zum Gesellen-Ausschuß der Innung zu betheiligen, um auch dort den Einfluß der organisirten Arbeiter geltend zu machen. Nach längerer Diskussion, an der sich in zustimmender Weise Helm, Schmidt, Zahn, Lange und Henschel betheiligten, wurde zugleich in Bezug auf die bevorstehenden Gewerbeegerichtswahlen beschlossen, seitens der Schmiede nur einen Kandidaten als Beisitzer in Vorschlag zu bringen und zwar wurde hierfür Henschel bestimmt. Der Bericht des Vertrauensmanns Lange ergab eine Einnahme von 981 M., bei einer Ausgabe von 933 M., woraus 500 M. für das zu errichtende Gewerkschaftshaus als Beitrag der Schmiede, und je 100 M. für die ausländischen Schmiehmacher und englischen Maschinenbauer gezahlt wurden. Als Vertrauensmann wird hierauf Wichmann, als Revisoren werden Henschel, Zahn und Haserlam gewählt. Mit dem Hinweis auf das am Sonnabend, 23., in der Brauerei Friedrichshagen stattfindende Sommerfest der Schmiede und der Aufforderung zum Anschluß an die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Die Vergolder hielten am 18. d. M. in den Arminkhallen eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Herr Dr. med. Wehl hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Moderne Heilmethoden“, an welchen sich eine Diskussion schloß. Der Kassirer brachte den Kasienbericht und erhielt Decharge. Nach einer langen Debatte über den Rücktritt des ersten Verbandsvorsitzenden Kary wurde einstimmig Schnorre gewählt.

Der Verein der Zimmerer Berlin und Umgegend hielt am Sonntag, den 17. Juli, seine Generalversammlung ab, in welcher der Kassirer folgende Abrechnung vom I. Quartal 1893 legte:

Einnahme	2120,75 M.
Bestand vom I. Quartal 1893	6354,69 M.
Summa	8775,44 M.
Ausgabe vom II. Quartal 1893	1523,06 M.
bleibt Bestand	7252,38 M.

Der Kassirer wurde entlastet. Dann hielt Genosse Pfannkuch einen Vortrag über: „Die bei Lohnbewegungen zu beachtenden strafrechtlichen Bestimmungen“. Durch Anführung verschiedener Paragrafen der Gewerbe-Ordnung, sowie des Strafgesetzbuches legte Referent klar, wie unter Umständen die geringsten Vergehen angelegt und bestraft werden, wenn es sich darum handelt, jemand an der sogenannten freien Arbeit zu hindern, selbst die kleinste Unterredung mit einem Streikbrecher kann verhängnisvoll werden; er verwies auf die Rachlänge vom Hamburger Hafenarbeiter-Streik, die Vorgänge in Stettin und Halle. Deshalb ist die größte Vorsicht bei Begegnung mit Streikbrechern geboten. — In der Diskussion führte Döring aus, daß die Stadtverwaltungen — viel von dem Gelde, das sie für Erhaltung der Familien-Inspassirer ausgeben, sparen könnten, wenn in den Schulen anstatt der vielen Religion Besesselsunde gelehrt würde. — Unter Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß die Klebekarten bis 20. Juli abgestempelt sein müssen.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Lehrarbeiter Deutschlands, Ostverovaltung Berlin, hielt am Sonntag, den 17. Juli, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße, seine ordentliche Generalversammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt

Genosse Sassenbach einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Fremdmaurerei. Diskussion fand nicht statt. Beim Geschäfts- und Kasienbericht wurde zunächst das Protokoll der letzten Generalversammlung gelesen und einstimmig gut geheißen. Aus dem vom Kollegen Breska gegebenen Kasienbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahme vom 1. April bis 30. Juni 1893 2480,62 M., Ausgaben 2114,38 M., mithin bleibt ein Bestand von 366,24 M. Der Bericht über den Arbeitsnachweis stellt sich folgendermaßen: Gemeldet wurden 102 Stellen. Davon direkt 57, durch Kollegen 16, besetzt wurden für seit 43, zur Aushilfe 18, wegen zu geringen Lohnes wurden nicht besetzt 28 Stellen, Branche war nicht vorhanden bei 13 Stellen. Der Lohn bei den besetzten Stellen schwankte zwischen 16,50 und 23 M., der Durchschnittslohn betrug 18,75 M. Die Arbeitszeit betrug 9-17 Stunden, im Durchschnitt 12 1/2 Stunden. Sonntagsarbeit wurde auf 12 Stellen verlangt. Eine Anfrage des Kollegen Rosenengel, wieweit für Reuanischung für das Bureau 45 M. auszugeben wurden, wurde vom Kassirer zur Zufriedenheit aller beantwortet. Der Revisor Kollege Prüchle bestätigte die Richtigkeit des Kasienberichts, worauf dem Kassirer einstimmig Decharge erteilt wurde. Alsdann wurde Kollege Herzog als Bezirkskassirer für den Osten, und als Revisor für den Zentral-Hauptvorstand Kollege Michalis gewählt. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Schöneberg. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Montag, den 19. Juli, hielt Genosse Joh. Sassenbach einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das neue Innungsgesetz. Nach einer Schilderung der Entwicklung des Handwerks und einer deutlichen Klarlegung der Hauptparagrafen des neuen Gesetzes kam er zu dem Schluß, daß wir uns an den verschiedenen Institutionen mit betheiligen, um für uns und unsere Organisationen möglichst viel herauszuschlagen. — An diesen Vortrag schloß sich noch eine kurze Diskussion. — Die nächste Versammlung findet am 8. August statt.

Friedrichshagen. Eine von etwa 40 Personen besuchte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hörte am Dienstag Abend einen sehr lehrreichen Vortrag des Genossen Dr. Friedberg über das Thema: „Das Erfurter Programm.“ In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß hier am Orte weit über 3000 Wähler vorhanden seien, die wohl ihre Stimme für unseren Kandidaten abgegeben, im übrigen sich aber herablassend wenig um unsere Bestrebungen gekümmert hätten. Damit das anders werde, mögen die Mitglieder des Vereins alle Hebel in Bewegung setzen, um auch den letzten Arbeiter für die politische Organisation zu gewinnen. Die darauf folgende Abrechnung ergab, daß die Kasien- und Buchführung sich in bester Ordnung befindet und wurde der Kassirer entlastet.

Reinickendorf. Der Verein graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Reinickendorf) hielt am Sonntag, den 17. d. M. vormittags 11 1/2 Uhr ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kater legte in seinem Referat den Unterschied zwischen Zentralisation und Vertrauensmänner-Zentralisation klar. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Reidler stellte hierauf den Antrag, die Zahlstelle aufzulösen. Selbiger wurde angenommen. Sämtliche amwesende Mitglieder erklärten ihren Austritt aus dem Verein. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, die Beiträge bis zum 1. Juli zu entrichten, damit dem Hauptvorstand die Abrechnung zugesandt werden kann.

In Spandau fand am Dienstag eine gut besuchte Bäcker-Versammlung statt. Nach einem Referat Höpners über den „Hamburger Bäckerstreik“ wurde die Gründung einer Mitgliedschaft des Zentralverbandes beschlossen, welcher sich sofort eine ganze Anzahl der erschienenen Bäckerstellen anschloßen. In den Vorstand wurden Simon als Vorsitzender, Marquardt als Schriftführer und Kayle als Kassirer, sowie Kramer und Mühlsteff als Revisoren gewählt.

Verein der Händler und Händlerinnen Berlin und Umgegend. Heute Abend 8 1/2 Uhr Fruchter, 52 bei Dauer: General-Versammlung. Bänkliches Ergeben der Mitglieder ist notwendig.

Den betheiligten Genossen und Freunden zur Nachricht, daß die Dampfbarrie des Rauchklubs „Ohne Zwang“ am Sonntag, den 24. d. M. nicht nach Randschwander, sondern nach Ziegenhald, Nieder-Seele. Restaurant zum Sporthaus“ stattfindet. Das Komitee.

Der Krieg.

Ueber etwaige Friedensverhandlungen verlautet nichts neues. General Toral, der Verteidiger von Santiago, soll vor das Kriegsgericht gestellt werden, weil er nicht bloß die Stadt, sondern die ganze Provinz übergeben habe. In Havana soll große Begeisterung für energischen Widerstand herrschen.

Amerikanische Pläne. Dem „New York Herald“ wird aus Washington telegraphisch gemeldet: Die Amerikaner werden, was auch das etwaige Schicksal Kubas, der Philippinen, Ladronen und Karolinen sein möge, Puerto Rico für sich behalten. Die Regierung ist bestimmt entschlossen, diese Insel zu einer starken Station für ihre Kriegsmarine zu machen, welche Beständen, das Karibische Meer und den künftigen Panamakanal bederrscht. Mac Kinley beabsichtigt, durch die Ausrüstung des Geschwaders Watson's nicht nur Spanien einzuschüchtern, sondern auch auf das übrige Europa durch die amerikanische Seemacht Eindruck zu machen. Man beabsichtigt im übrigen, die Madrider Regierung zu zwingen, alle Forderungen zu bewilligen, welche Amerika zu stellen für gut befinden wird.

Die Vorkehrungen für den Transport der in Santiago gefangenen Spanier nach ihrer Heimath sind jetzt zum Abschluß gelangt. Die Beförderung ist der Spanischen Transatlantischen Dampfergesellschaft übertragen, welche in New-York von der Firma Ceballos u. Co. vertreten wird.

Das Verhalten der Aufständischen. Die kubanische Junta telegraphirte an Garcia und andere Führer der Aufständischen, daß ihr Verhalten gegenüber den Amerikanern bei Santiago von ihr nicht gebilligt werden könne, und daß die Sache Kubas ernstlich gefährdet werden würde, wenn sie bei ihrem bisherigen Verhalten beharren sollten.

Die Londoner „Evening World“ berichtet aus angeblich bester Quelle, daß der Insurgentenführer Garcia getödtet worden sei, und sügt dieser Meldung hinzu, daß die Kubaner, welche die Nachricht in das amerikanische Lager brachten, versicherten, daß Garcia infolge eines Hintertreffes gestorben sei. Diese Nachricht dürfte jedoch aus Staatsraison nicht veröffentlicht werden.

Manila. Eine aus Manila in Madrid eingetroffene amtliche Depesche meldet: Die Blockade Manilas ist sehr streng. In verschiedenen Gefechten hat der Feind ernste Verluste erlitten. Die Spanier fassen wieder Mut.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 21. Juli. (W. G.) Hier verlautet, daß Verhaftungsbefehle gegen mehrere hervorragende Militärs erlassen worden sind, und zwar auf Grund der bei Esterhazy beschlagnahmten, höchst wichtigen Dokumente.

Paris, 21. Juli. (W. G.) Oberst Henry wurde gestern Abend 2 Stunden in Sachen Esterhazy verhört und seine Papiere im Kriegsministerium beschlagnahmt.

Madrid, 21. Juli. (W. G.) Angesichts der gebesserten Lage auf den Philippinen erweiterte die Regierung den Generalen Augustin und Nio die Ermächtigung zur Gewährung weitestgehender Reformen. Auch wurde die Organisation eines schnellen Nachrichtendienstes, insbesondere zwischen Manila und Hongkong, ins Auge gefaßt.

Shanghai, 21. Juli. („Frankf. Ztg.“) Der französische „Jean Bart“ ist hier eingetroffen, um die Verhandlungen bezüglich der Aussprüche der Franzosen auf dem Friedhof der Ringpopenen zu beginnen. Der französische Konsul hält seine Stellung entschieden aufrecht und macht die chinesischen Behörden für alle Wirren verantwortlich. Ein für die französischen Ansprüche günstiges Arrangement ist wahrscheinlich. Der Streit der Ringpopenen nimmt ab, und die chinesischen Banken sind wieder geöffnet worden.

Lokales.

Den beim Volksfest des 6. Kreises in Schloß Weissen-see am Sonntag mitwirkenden Sängern zur Nachricht, daß Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Probe stattfindet. Gesungen werden die Lieder: „Saat und Ernte“ von Himm, „Liedeslust“ von Suchsdorf, „Frühlingsruf“ von Jöllner, „Sängermarsch“ von Uffmann, „Wir glauben an der Freiheit Sieg“ von Suchsdorf, „Festgesang“ von Uffmann.

Der Gemeinde-Friedhof von Berlin wird im Volksmunde schlechtweg Armenfriedhof genannt. Nicht ganz mit recht. Wenn auch die größte Mehrzahl derer, die da draussen in Lichtenberg ihre letzte Ruhestätte finden, auf Kosten der Armenkasse bestattet werden, so finden wir dort auch viele Gräber zahlungsfähiger Leute. Ja auch mancher reiche Bourgeois hat es nicht verschmäht, seinen Leib hier zur ewigen Ruhe betten zu lassen. Nicht etwa weil er, der im Leben durch eine tiefe Kluft von den Armen und Glenden getrennt war, nun wenigstens nach dem Tode die Gleichheit aller Menschen dadurch zur Wahrheit machen wollte, daß er mit ihnen auf demselben Platz begraben wird. Die wohlhabenden Leute, die auf dem Gemeinde-Friedhof bestattet werden, sind meist liberale Bürger, die sich aus der Zeit der Mainebläthe des Liberalismus eine antikirchliche Gesinnung bewahrt haben, und es deshalb verschmähten, ihren Leib auf dem Begräbnisplatze einer Kirche begraben zu lassen. Die Scheidung zwischen Reichen und Armen ist auch auf dem städtischen Friedhof unter den Ruhestätten der Todten ebenso streng durchgeführt und tritt genau so deutlich in die Erscheinung, als es unter den Lebenden der Fall ist.

Wie auf den Kirchhöfen, so haben auch hier die reichen Leute prächtige, stimmungsvoll angelegte Familien-Erbgräbnisse eingerichtet, an denen keine Mittel gespart sind, um die daselbst Ruhenden als solche erkennen zu lassen, die im Leben mit Glanz und Gütern begünstigt waren.

Damit macht sich eine zweite Klasse von Grabstätten bemerkbar. Unter Hügel, wie sie allgemein üblich sind, schlummern die Todten, deren Beerdigung auf Kosten der Angehörigen stattfand. Die mehr oder minder sorgfältige Ausschmückung der Grabstätten, die theils einfacheren, theils werthvolleren Denkmäler zeigen, daß unter diesen Hügel sowohl Angehörige des gut situirten Mittelstandes, wie auch weniger gut gestellte kleine Leute ruhen.

Der größte Theil des Friedhofes aber ist angefüllt mit den Gräbern jener Proletarier, die auf Kosten der Armenverwaltung beerdigt wurden, sei es, daß ihre Hinterbliebenen nicht zahlen konnten, oder daß sie, ohne Angehörige zu haben, einsam und verlassen gestorben sind. Armuth und Elend hat diese Proletarier im Leben einander gleich gemacht; gleichmäßig und durch nichts von einander unterschieden sind auch ihre Grabstätten. Weiße ebene Rasenflächen bedeuten die Särge der Armenleichen. Die hier Ruhenden gehörten im Leben zu den Ausgebeuteten und nach ihrem Tode erntet der Magistrat noch Heu von ihren Gräbern. Die Rasenflächen dieser Armengräber gewähren allerdings einen wohlthuenden Anblick, wie vernachlässigte und verfallene Grabhügel. Man könnte sie für Wiesenland halten, wenn nicht liebende Angehörige ein armseliges Denkzeichen auf diese und jene Grabstätte gesetzt hätten. Solche Zeichen der Pietät finden wir am häufigsten auf dem Rasen der Kindergräber. Da ist es ein einfaches Holzkreuz, eine Tafel, ein armseliger Gipsengel, ein Rosenstrauch, einige Sommerblumenstauden, womit arme Eltern die Stätte bezeichnen, unter der ihr kleiner Liebling ruht. Dieser dürftige Schmuck steht zwar von den prunkenden Denkmälern der Reichen ebenso ab, wie der Kettel des Arbeiters vom Frack des Bourgeois, aber es drückt sich darin vielleicht mehr Liebe und Pietät aus, als in manchem kostbaren Denkstein.

An der äußeren Erscheinung der Grabstätten sieht der Besucher des Gemeinde-Friedhofes, daß der Tod durchaus nicht alle gleich macht, sondern daß die Klassenunterschiede, welche die Lebenden trennen, auch nach dem Tode noch auf den ersten Blick an den Gräbern zu erkennen sind.

Berliner Tapissiererei. Die amtlichen Berichte über die Berliner Gewerbe-Ausstellung bilden eine Fundgrube interessanter Materials. Der Bericht über die Berliner Tapissiererei gestattet einen Einblick in die Grundsatzbedingungen einer der bedeutendsten Lohnkassaninnen, der — Stickerin. Von der Berliner Tapissiererei wird in dem amtlichen Berichte gesagt, daß sie einen bedeutenden Ruf in Deutschland habe, im Ausland zum Theil eine führende Stellung einnehme und zu den ältesten Industriezweigen der Stadt gehöre. Der gesammte Geschäftszweig ist vor etwa 50 Jahren von Paris nach Berlin verpflanzt worden. „Es war anfangs schwer“, sagt der Bericht, „einen intelligenten Stamm von Arbeiterinnen für die Dunt- oder Kongrestickererei zu gewinnen. Die Lohnverhältnisse waren in der ersten Zeit sehr gedrückt und gewährten keinen auskömmlichen Verdienst für die begünstigt ihres ganzen Lebensunterhaltes nur auf ihre Handarbeit angewiesenen Arbeiterinnen. Darum trug man die Arbeit in die Häuser der besser gestellten Familien, deren weibliche Mitglieder die Beschäftigung nur zur Ausfüllung ihrer Ruhestunden zu benutzen brauchten.“ Das Geschäft entwickelte sich allmählig sehr lebhaft, besonders nach überseeischen Ländern. Schutzoll-Versteigerung und Aenderung der Mode brachten das Geschäft wieder herunter. „Die Abwendung der Mode“, sagt der Bericht, „von den Kongrestickerereien wurde dadurch verursacht, daß man versuchte, dem sinkenden Geschäft durch Verbilligung der Preise und demzufolge Verschlechterung der Qualität aufzuhelfen. Dadurch würden zwar zunächst die Wenigerbemittelten für den Artikel gewonnen, aber die bisherigen Käufer, die Besserbemittelten, verließen.“ Die Spekulation erlangte andere Stickerer-Artikel, und der Bericht führt diesbezüglich aus: „Eine Gattung der Stickererei, die früher nur für Prunkzwecke bestimmt war, gegenwärtig aber sehr weite Verbreitung gefunden hat, ist die Goldstickerei. Sie galt in vergangenen Zeiten als eine der schwierigsten gewerblichen Künste. Nicht weniger als neun Jahre mußte die Arbeiterin lernen, ehe sie als vollberechtigte Goldsticklerin angesehen wurde. Später wurde die Lehrzeit auf fünf Jahre herabgesetzt. Gegenwärtig aber legt man auf eine so lange Lehrzeit kein so großes Gewicht mehr. Die neue Zeit hat offenbar Arbeitsmethoden gebracht, welche die an sich allerdings sehr subtile Arbeit so erleichtern, daß eine überlange Lehrzeit überflüssig erscheint. Gleichwohl darf die Schwierigkeit der Goldstickerei keineswegs unterschätzt werden, denn wenn sie auch an das künstlerische Talent der Arbeiterin keine so hohen Anforderungen stellt, so sind dafür eine große Geschicklichkeit und Sicherheit der Hand und die Schärfe eines geübten Auges unso menntbehrlicher.“ Die Einführung der Stickmaschinen hat zwar einen verbilligenden Einfluß ausgeübt, democh ist, wie der Bericht meint, die Wichtigkeit der Kunststickerei und der Tapissiererei für das industrielle Leben Berlins nicht zu gering anzuschlagen. Berlin bildet noch immer eine Zentrale für Deutschland in dieser Industrie. Für Kirchen- und Haus- und im Gegentheil zu einigen anderen Arten der Stickererei bis zu einem gewissen Grade sogar noch im Aufschwung begriffen ist. Trotz Stickmaschinen werden noch immer sehr hohe Anforderungen an die persönliche Leistungsfähigkeit der Stickerinnen gestellt. Und wie gestaltet sich demgegenüber ihr Loos, ihre Existenz? Der amtliche Bericht giebt darüber folgende Auskunft: „Selten ist Mangel an Arbeitskräften vorhanden. In der besten Zeit des Jahres, vom Juni bis November, dürften in diesem Arbeitszweige an 8000 Personen volle Beschäftigung finden, während in der Zeit vom Dezember bis Juni fast die Hälfte dieser Arbeiter sich anderwertigen Verdiensten suchen muß.“

Verkehrsnachrichten. Die städtische Parl.-Deputation hat einstimmig beschloffen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, in Zukunft die Radfahrer mit ihren Rädern sowohl von den Fußwegen als auch insbesondere von den Fahrwegen der städtischen Parks auszuschließen. Die Treptower Chaussee soll hiervon nicht berührt werden. — Die Große Berliner Straßenbahn hat der Verkehrs-Deputation des Magistrats ihre Bereitwilligkeit erklärt, unter den Bedingungen des zwischen der Stadt und der Gesellschaft geschlossenen Vertrages, nachbezeichnete Bahnstrecken zu bauen: 1. Gesundbrunnen-Pöyensee durch die Greerger- und Seestraße 2. Hansaplatz-Altonaer-Seeow-Gotlowstr.-Strahe, Alt-Moabit bis Beustelstraße. 3. Von der Blücherstraße über den Johannistisch-Waterloobridge-Alexandrinensstraße. 4. Vergmannstraße von der Velle-Allianzstraße bis zum Kaiser Friedrichplatz. 5. Fortsetzung der Linie zu 4 durch die Comphausen- und Urdansstraße bis Gräfestraße. 6. Vergmannstraße-Friesenstraße bis zur Südgrenze des Pionier-Übungsplatzes. — Hinsichtlich der Strecke zu 1 beantragt die Straßenbahn mit Rücksicht auf den sehr geringen Verkehr in den berührten, fast noch gänzlich unbauten Straßen und in dementsprechend noch offenbarem Mangel eines Bahnverkehrs-Bedürfnisses um eine Baufrist von 5 Jahren vom 1. Juli d. J. ab.

Die Beleuchtung des Kreuzbergs am Mittwoch Abend wurde von dem großen Haufen derer, die zu Fuß laufen, mit sehr gemüthlichen Gefühlen aufgenommen. Wiederum hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, um das Schauspiel, welches die Stadt ihren Einwohnern gratis spendete, in Augenschein zu nehmen. Bei diesem Vorfall blieb es; denn der Jahrdamm der Kreuzbergstraße war von dem großen Schuttmansaufgebot ausschließlich für Fußverkehr freigehalten, und eine Phalanx von Sicherheitsbeamten verwehrte jedem Fußgänger, der von der Velle-Allianzstraße kam, den Zutritt. Einer unserer Leser macht uns darauf aufmerksam, daß, als am St. Sedans-Tag 1895 der Kreuzberg ebenfalls beleuchtet war, die Schuttmansschaft dafür sorgte, daß die Fußgänger langsam aber in Ordnung am Viktoriapark vorbeizuströmen konnten. Sollte es hinfür nicht wieder ebenso eingerichtet werden können?

Hinsichtlich des Schutzes der Stadt-Fernsprechleitungen, Nebentelegraphen und besonderen Telegraphenleitungen gegen die Einwirkung bereits vorhandener Startstromanlagen hat jetzt das Reichs-Postamt bestimmt, daß der Zuschlag zu der üblichen Jahresgebühr für die besondere Kostenaufwendung, welche die Sicherung neuer Fernsprechleitungen zc. gegen Startstromanlagen erfordert, statt, wie bisher, vom Reichs-Postamt in Zukunft selbständig von den Ober-Postdirektionen festgesetzt werden soll. Demgemäß hat das Reichs-Postamt für die Berechnung der Zuschläge sowie die sonstige Handhabung der den Ober-Postdirektionen ertheilten diesbezüglichen Befugnisse gleichzeitig bestimmte Grundzüge aufgestellt.

Ein Fall von Bigamie beschäftigt die „Berl. Jtz.“ zufolge gegenwärtig die Staatsanwaltschaft am Landgericht II. Das Opfer ist ein Dienstmädchen in Charlottenburg. Dieses lernte vor einiger Zeit bei einem Vereinsvergängen den Handelsmann Adolf Zoch aus Pankow kennen und lieben. Zoch geriet sich als Kassenbote im Dienste des Generalstabes der Armee und verlor es, in dem unerschaffenen Mädchen, welches erst seit zwei Jahren in Berlin wohnt, den Glauben zu erwecken, als sei er ein gutsituirter, solider Mann. Obgleich er bereits seit mehreren Jahren verheiratet ist, machte Z. dem Mädchen schon nach 4 Wochen einen Heirathsantrag und ließ sich bald darauf, da diese einverstanden war, in der Heimath der Braut, in Biesdorf bei Prenzlau trauen. Die jungen „Eheleute“ bezogen eine kleine Wohnung im Norden Berlins und lebten hier ganze 8 Tage in schönster Eintracht zusammen, dann packte der Gatte seinen Koffer und trat angeblich im Auftrage des Generalstabes eine Reise nach einer auswärtigen Garnison an. Von dieser Reise kehrte Z. nicht wieder zurück. Da die junge Frau gleichzeitig mit ihrem Gatten auch ihr Sparkastenbuch über 1500 M. vermisste, so erstattete sie Anzeige bei der Polizei, weil sie befürchtete, daß ihm ein Unglück zugefallen sei. Die Polizei ermittelte bald, daß Z. das Mädchen in der schamlosten Weise hintergangen und seine eigene Ehefrau, die er gelegentlich eines Besuches seiner Braut als seine Witwin vorgestellt, ihm dazu Beihilfe geleistet habe. Z., der Pferdehandel treibt und gelegentlich auch Geldgeschäfte vermittelt, war natürlich bei Anknüpfung der Polizei aus seiner Wohnung in Pankow verschwunden, alle eingekerkerten werthvollen Gegenstände hatte das saubere Ehepaar vor seinem Verschwinden zu Gelde gemacht. Da man annimmt, daß das Verbrecherpaar auszuwandern beabsichtigt, so sind alle Polizeibehörden des Landes, namentlich die der Hafenstädte, zur Festnahme der Z. sich Eheleute angewiesen worden. Das betrogene Dienstmädchen, welches sich anfangs in seiner Verzweiflung durchaus das Leben nehmen wollte, hat vorläufige Aufnahme bei seiner früheren Herrschaft gefunden.

Auswanderungslustigen mögen folgende Mittheilungen über die Thätigkeit eines Agenten Marius Bonard in Belfort, Rue de l'Entrepot 11, zur Warnung dienen. Er ist ein Unteragent des berüchtigten José Antunes dos Santos in Lifabon, arbeitet auch für die Firma A. Fiorita u. Co. in Rio de Janeiro, Santos und São Paulo. Diese beiden Firmen haben sich kontraktlich der Regierung des Staates São Paulo gegenüber verpflichtet, 60 000 Landarbeiter aus Italien, Portugal, Spanien, Deutschland und den nördlichen Ländern dorthin zu bringen. Um nur die nöthige Anzahl deutscher Einwanderer anzuwerben, suchen die beiden Firmen durch schriftliche Propaganda und allerlei Versprechungen Leute über Belfort zur Auswanderung zu verlocken. Versprochen wird dem Auswanderer für die Zeit, die er auf einer Pflanzung arbeitet, ein Haus und ein genügend großes Grundstück zur eigenen Bewirtschaftung ohne Entgelt und ein Vorkauf in Waaren oder Geld, das erst nach einem Jahre zurückgezahlt werden soll. In Wirklichkeit erhält der Auswanderer ein kleines, schlechtes Haus, etwa 4 Meter breit und 6 Meter tief, ohne Dichtung und Decke und mit einer halben Scheidewand im Innern. Hierzu kommt ein Grundstück von 100—120 Quadratmeter und ein hölzerner Stall. Die vorgehoffenen Gelder werden außerdem meist von den ersten Wochenlöhnen abgezogen. Bei der Ankunft findet der Einwanderer nicht, wie ihm versprochen, ein Hotel vor, sondern er wird in ein großes, mit hoher Planer umgebenes Gebäude gebracht, welches er nicht eher verlassen darf, als bis er als Lohnarbeiter auf eine Pflanzung geschickt wird. Weigert sich eine Familie, auf eine ihr angegebene Pflanzung zu gehen, so wird sie sofort aus dem Gebäude geschickt und tritt dann oft obdachlos und auf die Mithätigkeit von Landknechten angewiesen, in der Stadt umher. Dem Kontrakt nach kann der Einwanderer sich entweder bei einem Plantagenbesitzer als Arbeiter verdienen oder von der Regierung ein Stück Land zur eigenen Bewirtschaftung nehmen. In Wirklichkeit bleibt dem Einwanderer keine andere Wahl, als sich einem Besitzer zu vermieten, da die Regierung nur sehr wenige ausgemessene Ländereien für Kolonisationszwecke besitzt, und diese liegen an kaum erreichbaren, weit abgelegenen Orten im Süden des Staates bei Juaze, wo die Anfsiedler dem Fieber und Hunger ausgesetzt sind. Der deutsche Konsul in São Paulo muß den meisten Anfsiedlern seine Hilfe verweigern, da es häufig an jeder Rechtsunterlage für sein Einschreiten fehlt. Die Kontrakte des Staates São Paulo laufen ausschließlich auf Landarbeiter, trotzdem nehmen die Agenten Fiorita, Antunes dos Santos und Bonard jeden zur Auswanderung nach São Paulo Bereiten an, mit dem Versprechen, die Weiterbeförderung nach Parana und Santa Catharina zu übernehmen. Bei der Ankunft in Santos denken aber die Agenten gar nicht daran, dieses Versprechen zu halten.

Ein Opfer seines Berufes ist am Donnerstag, morgens um 7 1/2 Uhr, der 63 Jahre alte Stoher Wilhelm Schmidt geworden, der in der Wöhlertstraße 19 wohnte und schon an die dreißig Jahre in der Schwarzpulverfabrik in der Chausseestraße 17/18 beschäftigt war. Schmidt verrichtete schon zwanzig Jahre ohne jeden Unfall die Arbeit, bei der er gestern Morgen sein Leben

verlor. Er wollte einen zur Bearbeitung auf der Maschine befindlichen Feuerbuchbodenring durch Ausrichten in eine andere Lage bringen. Eine Feuerbüchse ist der Theil eines Lokomotivessels, der die Feuerung enthält. So ein Ring, wie Schmidt ihn in Arbeit hatte, wiegt 8 1/2 Zentner und hat eine längliche Form. Er lag mit einer Seite auf der Maschine und mit der anderen auf einem eisernen Bod, der nicht quer, sondern der Länge nach darunter stand. Beim Zurücklegen ist nun wahrcheinlich die Seite, die auf dem Bode lag, heruntergeglitten. Schmidt stolperte über ein Rad an der Maschine und kam zu Falle, der im Gleiten begriffene Ring, den er nicht mehr aufhalten konnte, fiel auf ihn und zerschmetterte ihm den Kopf. Der Mann war sofort todt. Aus der Schwarzpulverfabrik wird uns zu dem Vorfall noch berichtet, daß der Verunglückte am Mittwoch bis 11 Uhr abends gearbeitet hatte und gestern bereits wieder in aller Frühe zur Stelle war. Angeblich fehlte es an Hilfskräften, und so mußte Schmidt sich mit dem fast 9 Zentner wiegenden Rahmen allein abquälen. Die Schwarzpulverfabrik genießt bekanntlich in Arbeiterkreisen den fragwürdigen Ruf, daß die Ausmüthung der Arbeiter dort sehr oft die Grenzen des Menschenmöglichen überschreitet; leider sind gerade in dieser Fabrik immer noch sehr viele Arbeiter vorhanden, welche sich aus falschem Egoismus und Unkenntniß der Maschinenlage eine uneingeschränkte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft widerstandslos gefallen lassen.

Der Oberinspektor Gennet vom Berliner Zentralfängnis am Ploß e n j e tritt mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand. Bis dahin hat derselbe Urlaub nachgesucht und erhalten. Zu seinem Nachfolger ist nicht ein Fachmann, wie es Gennet war, sondern ein bisheriger Offizier, der bei seinem Austritt aus der Armee zum Major befördert wurde, ausersuchen worden!

„Weißt Du Mutter, was i träumt hab.“ Die Herren Gehünger und Steffens theilen uns zu der gestrigen Reporiernotiz mit, daß sie kein Plagiat begangen oder fremde Autorrechte verletzt haben, auch ist die Mittheilung, daß gegen sie eine Klage erhoben sei, nach ihrer Versicherung unrichtig.

Zur Lokalliste. Am 6. August macht die Maschinenfabrik von C. Pieter, Chausseestraße 28, eine Landpartie nach Beesthof, wo sämtliche Lokale gesperrt sind. Die Lokalkommission.

Eine große Nothheit beging gestern, Donnerstag, Nachmittag um 8 Uhr ein etwa 14 Jahre alter Bengel im Mariannenpark. Hier spielten eine große Anzahl Kinder auf den Sandbänken, die zu diesem Zwecke in einigen Gängen liegen. Der größere Junge warf mit seiner eisenbeschlagenen Schippe einem kleineren etwa 9 Jahre alten unausgeseht Sand auf den Kopf. Darüber kam es zu einem Wortstreit und dann zu Thätlichkeiten. Bald nahm der Große seine Schippe und verpackte damit seinem Gegner einen so wichtigen Stieb über den Kopf, daß er aus einer langen, klaffenden Wunde blutend zusammenbrach. Während man den Betroffenen nach der Rufsteuerstraße in die Wohnung seiner Eltern brachte, lief der Schläger davon. Die Kinder verfolgten ihn jedoch, bis ihn der Schuttmansposten von der Kottbuser Brücke an der Ecke der Prieger- und Mariannenstraße festnahm und auf die Wache des 48. Reviers in der Kottbuserstraße brachte.

Etwa 200 Fahrräder sind seit Beginn dieses Jahres bei der Kriminalpolizei und den Privat-Detektivbureaus (Greif, Caspari zc.) als gestohlen angemeldet worden. Ungefähr 20 Räder konnten davon den Eigenthümern wieder zugestellt werden, die übrigen befinden sich noch im Besitz der Fahrrad-Diebe.

Beim Spielen mit Feuer zu Tode gekommen ist der nahezu 7 Jahre alte Emil Bölang, ein Waisenknabe, der bei seiner Großmutter, der Witwe Bölang, in der Rühlensstr. 8 wohnte. Der Knabe ging abends um 9 Uhr, nur mit Hemd und Hosen bekleidet, auf den Abort. Hier nahm er eine kleine Petroleumlampe vom Nagel und zündete über dem Zylinder Papier an. Ein brennender Fegen entfiel seiner Hand und entzündete das Hemd. Auf sein Geschrei liefen zwar sofort die Großmutter und die Nachbarin herbei und erstickten das Feuer. Der Knabe war jedoch an der Brust und am Rücken schon schwer verbrannt und wurde schleunigst in das Krankenhaus am Urban gebracht. Hier erlosch ihm der Tod von seinen furchtbaren Schmerzen. Die Leiche ist zur behördlichen Untersuchung von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Eine Unglückliche. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr wurde das 21 Jahre alte Dienstmädchen Emilie Koberling auf der Treppe im dritten Stock des Hauses Straußendstr. 48 in Hilslofer Lage aufgefunden. Obdachlos hatte das unglückliche Mädchen auf der Treppe im vierten Stock übernachtet wollen und war hier von Geburtswehen überrascht worden. Wahrscheinlich um Hilfe zu suchen, hatte sie sich einen Stock hinuntergeschleppt. Das Kind lag noch oben. Ein Schuttmann vom 89. Revier brachte Mutter und Kind in ein Krankenhaus.

Der Bankier Eugen Merckel, der vor kurzer Zeit unter der Firma Merckel u. Co. Neue Friedrichstraße 48 ein Bankgeschäft kleineren Umfangs eröffnet hatte und vorzugsweise das Auzengeschäft betrieb, ist dem „Berl. Tagbl.“ zufolge verschwunden. Seine Frau erklärt allerdings, daß M. nur verreist sei. Er soll bei Spekulationen in Goldminen u. Werthen erheblichere Verluste erlitten haben.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Als mutmaßlich gestohlen sind ein goldener Trauring, gez. M. W. 12. 12. 98, und eine goldene Damenkette Nr. 388 beschlagnahmt. Auf der inneren, nicht goldenen Kette der Uhr ist eingraviert: Cylindrus 8 Rabis No. 354. Auf der äußeren Kette befindet sich ein Schildchen und ist die obere Hälfte reich verziert. Die Eigenthümer der Goldsachen wollen sich an einem Wochentage zwischen 9 und 12 Uhr vormittags auf dem Polizeipräsidium, an der Stadtbahn, Erdgesch., Zimmer 97, melden.

Durch die muthige That eines Radfahrers wurde gestern Mittag ein junges Menschenleben gerettet. Das vierjährige Töchterchen der Nidelschen Eheleute wollte an dem Kreuzungspunkt der Müng- und Schönhauserstraße den Damm überschreiten, als es über die Schienen der Pferdebahn zu Fall kam. In demselben Augenblick faufte durch die Müngstraße ein Wagen der elektrischen Straßenbahn heran und es wäre sicher überfahren worden, hätte nicht ein Radfahrer, der Kaufmann Sch., Wörthstr. 5, der neben dem Wagen einherfuhr, die Situation sofort erfaßt. Schnell lenkte er seine Maschine auf das Kind zu und konnte es denn auch noch kurz vor dem Wagen, vom Rad aus, zu sich emporziehen. Leider vermochte er sich nicht ebenso schnell in Sicherheit zu bringen; der Wagen ersahnte das Hinterrad seiner Maschine und schenderte ihn auf die Vordschwelle der Straße. Während das Kind mit einigen Hautabschürfungen davonkam, erlitt Herr Sch., außer einem Armbruch, nicht unbedeutende Verletzungen im Gesicht und an den Händen, so daß er in einer Drochle seiner Wohnung zugeführt werden mußte.

Zwei Spinhübereien wurden in der Nacht vom 20. auf den 21. d. M. in der Georgenstr. 45 verübt. Die Bestohlenen sind zwei Hofkavalieren, denen Diensthofen, Betten und andere Gegenstände entwendet bzw. beschädigt oder verunreinigt wurden.

Straßensperrung. Die alte Leipzigerstraße von der Kur- bis zur Unter- bzw. Oberwasserstraße, ausschließlich der Kreuzdämme, wird behufs Asphaltirung; ferner die Bellevue-Allee von der Thiergartenstraße bis zur Charlottenburger Chaussee behufs Neuanschaffung der Chausseedecke vom 22. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. In den letzten 48 Stunden erfolgten nur zwei Alarmierungen, von denen die eine, das Große Hambrurgerstraße 4, einen Schornsteinbrand zur Ursache hatte, während die andere nach Adalbertstraße 74 durch brennendes Stroh im Keller verursacht wurde. In beiden Fällen erlöbte sich ein Eingreifen der Wehr.

Pantow-Niederhohenhausen. Die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Dienstag bei Stör, Mühlensstraße 24, statt.

Zwischen der Stadt Schöneberg und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft finden gegenwärtig lebhaftere Verhandlungen statt wegen Herstellung elektrischer Anlagen zu Beleuchtungszwecken wie zum Maschinenbetrieb in Schöneberg. Schon seit einigen Jahren ist angefangen die in dem dortigen Beleuchtungsweisen sowie infolge des Verhaltens der Englischen Gasanstalt gegen die Gemeinde und die Privat-Gasconsumenten das Verlangen nach Einführung elektrischer Beleuchtung immer dringender geworden.

Aleptomantie? Auf eine originelle Art und Weise ist in Rigodorf eine Ladendiebin entlarvt worden, welche den sogenannten „besseren“ Gesellschaftskreisen angehört. Schon seit längerer Zeit hatte ein Schlichtermeister die für ihn sehr unangenehme Beobachtung machen müssen, daß von seinem Ladentische angebrochene Wärsche auf geheimnisvolle Weise verschwand. Um den unbekanntem Dieb zu ermitteln, verfiel der Schlichtermeister auf eine großartige Idee. Er band nämlich die auf dem Ladentische aufliegenden Wärsche mit ihren Enden in unauffälliger Weise zusammen und brachte die also verbundenen Lederbissen mit einem Lanteilwert in Verbindung. Als er nun beim Bedienen seiner Kundenschaft eifrig thätig war, wurde er plötzlich durch das vorbereitete Mannsignal aufgeschreckt. Aufblickend gewahrte er vor sich eine seiner besten Kunden, eine Kanakleidiin, zu deren Tasche eine ganze Kette von Wärschen eine verrätherische Spur wies. Die also ertrappte Diebin schlüpfte schleunigst aus dem Laden, natürlich unter Zurücklassung der zusammengeklappten Wärsche. Das Ende dieses Vorfalls war, daß der Schlichtermeister mit dem Herrn Rath eine Unterredung unter vier Augen hatte, welche den Schlichtermeister bestimmte, von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen, wieweil dieselbe auch kein Anhänger des Aleptomantie-Glaubens ist.

Der „höfliche Gendarm“ bildet — so schreibt ein Bericht-erstatler — in Wirklichkeit das Tagesgespräch. Bei einem Feste, welches der Ritter Landwieser und Veteranenverein in vergangener Woche abhielt, saßen an einem Tische mehrere angesehene Bürger, darunter zwei Fleischmeister und der erst seit kurzem zugezogene Fleischbespauer Schütte. Als diese Herren im besten Gespräch waren, trat der Gendarm Kuske in Zivil an den Tisch und sagte angeblich: „Na, da sitzen ja die Dänen alle zusammen.“ Es entspann sich darauf ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Gendarm Herrn Sch. für verhaftet erklärte und aufforderte, mit nach dem Amte zu kommen. Als der Gendarm nach seiner Karte gefragt wurde, hatte er diese nicht bei sich. Herr Sch. wargerte sich deshalb, der Aufforderung nachzukommen. Der Gendarm holte sich nun einen uniformirten Kollegen, welcher die Arrestirung vornahm. Die Bekannten des Sch. begaben sich sogleich zu dem Amtsvorsteher Reglin, und dieser veranlaßte die sofortige Freilassung des Sch. Auf die Beschwerde des Sch. soll ein Disziplinarverfahren gegen den Gendarm Kuske eingeleitet und dieser vorläufig vom Amte enthoben sein.

Eine Jagd auf ein Selbstmörderpaar wurde gestern auf dem Müggelsee veranstaltet. Ein Gendarm bemerkte am Ufer des Sees in der Nähe der Wasserwerke einen Herrn und eine Dame, welche verschiedene Verhüllungsgegenstände im Rufen am Wasser niederklegten und dann, ein Viechboote besitzend, in den See hincuberteten. Der Beamte, dem dies Treiben auffiel, fuhr in einem zweifachen Boot dem Pärchen nach und es gelang ihm auch, unterstützt von den Mitgliedern eines Ruderteams, die Fischen zu stellen. Das Pärchen, um ein solches handelte es sich thätig, wurde nach dem Ufer zurückgebracht und nun stellte es sich heraus, daß unglückliche Liebe das Motiv zu dem geplanten Doppelselbstmorde sei. Die beiden sind die Kinder zweier Dresdener Familien, und waren, da sie die Einwilligung der Eltern zu einer Verbindung nicht zu erlangen vermochten, von dort entflohen. Das Verhüllen derselben war, wie bereits gemeldet, der tiefsten Kriminalpolizei mitgetheilt, ebenso konnte die Auffindung des Pärchens gestern bereits kurz bekannt gegeben werden. Dem waderen Gendarmen gelang es, die beiden Lebensmüden von ihrem Vorhaben abzubringen. Er begleitete sie nach dem Anhalter Bahnhof, von wo aus das Pärchen nach gestern Abend die Heimreise antrat.

Die Verfassung eines Gerichtsvollziehers, die in Potsdam am Dienstag erfolgte, erregt dort Aufsehen. Es handelt sich um den Gerichtsvollzieher Kayle, welcher seit zwei Jahren beim dortigen Amtsgericht thätig ist und namentlich viel in den umliegenden Ortsteilen des Zeltower Kreises zu thun hatte. Als Kayle am Dienstag Nachmittag in seine Wohnung, Braundenburgstraße 16, von der Diensttour zurückkehrte, wurde er von dem Kriminalwachmeister Feinert auf dem Hausflur verhaftet. Am Abend wurde alsdann in Kayle's Bureau eine Hausdurchsuchung in seinem Besitze vorgenommen; seine Akten wurden dem Gerichtsvollzieher Hartisch, der seine Geschäfte weiter führen soll, übergeben. Die Verhaftung erfolgte wegen schwerer Urkundenfälschung im Amte; es ist diesfalls bereits seit längster die Untersuchung gegen ihn im Gange. Er soll auf einer Zustellungsurkunde das Datum verändert haben, wodurch ein Gläubiger in Romasch benachteiligt wurde. Ob noch andere Straftaten gegen Kayle, der Vater von acht Kindern ist und früher beim 1. Leib-Fusarenregiment in Danzig gedient hat, vorliegen, ist noch nicht bekannt.

In die Gefahr, auf dem Wasser zu verbrennen, gerieten, wie am nachträglich gemeldet wird, am Dienstag Vormittag drei Männer, welche in einem kleinen Privatdampfer die Obersee besuchten. Das kleine nur zur Aufnahme von sechs Personen bestimmte Fahrzeug befand sich zum Müggelsee her kommend unweit der Kolonie Hirschgarten, als plötzlich aus dem Innern des Dampfers Klammern emporschlügen. Der Eigentümer des kleinen Schiffes, der dasselbe selbst leitete, sah dicht an der Maschine. Seine Kleidung wurde von dem Feuer erfaßt und ebenso geriet den beiden Mitfahrern in Gefahr. Die drei Männer sprangen kurz entschlossen ins Wasser und schwammen dem Ufer zu; sie waren alle drei unverletzt geblieben. Die Führer einer herankommenden Jolle brachten den Dampfer zum Anhalten und erstickten so die Flammen, die vermuthlich durch ein achtlos fortgeworfenes brennendes Streichholz hervorgerufen sein dürften. Der Eigentümer ließ das Fahrzeug ins Schlepptau nehmen und nach dem Ankerplatz in Stralau überführen.

Der Rangierbahnhof zu Carow bei Pantow wird jetzt wieder gebrauchsfähig gemacht. Er diente vor Errichtung des Bahnhofes Pantow zur Entlastung der Berliner Anlagen und blieb, nachdem der Bahnhof Pantow in Betrieb genommen war, unbemittelt liegen. Zunächst wollte man ihn abreißen, man ließ ihn jedoch stehen und jetzt befreit man alle Anlagen zum Gebrauch wieder aus, da er voraussichtlich zur Entlastung Berlins wieder herangezogen werden muß.

Ein Berliner Eindiebstahl ist gestern Morgen in Spandau dingfest gemacht worden. Seine Spezialität war die Verübung von Gastwirthschaften; beim Eindringen in das Hotel zum Stern wurde er gefaßt. Der Spitzbube ist der Tafelbedier Ostler Schübter aus der Kreuzauerstraße; im vorigen Monat ist er aus der Irrenanstalt zu Daldorf gekommen, wo er als „wilder Mann“ untergebracht war.

Ein ruchloses Attentat wurde gestern Abend um 9 Uhr auf Wilmersdorfer Gebiet gegen die Insassen eines Dampfstraßenbahnwagens, meist Kinder aus der Ferienkolonie Schwarzenberg, verübt. Von unbekanntem Personen wurde der Wagen mit Steinen bombardirt, eine große Fensterhebe zertrümmert und ein Mädchen schwer verletzt. Die Thäter sind leider unerkannt entkommen.

Wegen Beleidigung, begangen durch eine Kritik, die er an Polizeimißhandlungen auf Berliner Polizeiwachen und an den Gebrauch eines Revolvers durch einen Gendarmen geübt hatte, mußte sich unser Parteigenosse, Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen gestern vor der zweiten Ferien-Strafkammer verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath Krutke, die Anklage vertrat Staatsanwalt Hagen. Der Anklage liegt die dritte Beilage des „Vorwärts“ vom 14. Oktober 1894 zu Grunde, die der Angeklagte ausnahmsweise als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat. Sie enthält in den ersten vier Spalten den Abdruck der Beschwerde, die Stadthagen gegen den Justizminister gerichtet hat und in welcher er verlangt, daß entweder gegen ihn wegen angeblicher benutzter Gebührenüberhebung öffentliche Anklage erhoben wird oder aber, daß gegen die Mitglieder des Ehrengerichtshofes der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht und der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht wegen gesittlicher Rechtsbeugung und ferner gegen diejenigen Beamten und Privatpersonen eingeschritten wird, die, nach Mittheilung des Oberstaatsanwalts, die Akten und Geschäftsbücher nach Beendigung des ehrengerichtlichen Verfahrens verbrannt oder an der Theilnehmung derselben vorzüglich oder fahrlässig mitgewirkt haben. Wegen dieses Artikels ist Strafantrag nicht gestellt, dagegen sind in derselben Nummer des „Vorwärts“ zwei andere Artikel erschienen, welche ebenfalls vom Angeklagten verfaßt waren und in denen die Anklagebehörde eine Beleidigung der Beamten des Polizeipräsidiums sowie des Gendarmen Köplich zu Meindorf erblickte. Der erste Artikel trägt die Ueberschrift: „Wie wird man auf den Berliner Polizeiwachen behandelt?“ Es wird die Behauptung aufgestellt, daß Bürger, welche auf Polizeiwachen zu thun haben, diese Orte in vielen Fällen in anderem Zustande verlassen, als sie ihn betreten haben. Während sie in unverlegtem Zustande hinfamen, wießen sie nachher Verwundungen und Verletzungen auf, welche dem Anschein nach von Hausstieben, bisweilen auch von Schlägen mit Waffen herrührten. Die Leute behaupteten, auf der Wache mißhandelt worden zu sein. Sollten sie alle an Halluzinationen leiden? Es wird dann auf die bekannte Gummischlauch-Affäre gelegentlich der Verammlung der Arbeitslosen hingewiesen und zum Schluß der Vorwurf gemacht, es möchten sich höhere Polizeibeamte in entsprechender Kleidung arretiren lassen, um aus eigener Erfahrung darüber urtheilen zu können, ob auf den Polizeiwachen geprügelt werde oder nicht.

Der zweite beanstandete Artikel trägt die Ueberschrift: „Wo haben Gendarmen einen Revolver?“ Es wird darin behauptet, daß aus Anlaß einer Ueberziehung ein Gendarm mit seinem Revolver das Auge eines Tischlergesellen verletzt habe.

Die letzte Verhandlung wegen dieser Preßdelikte, welche am 29. Juli 1897 stattfand, wurde vertagt, weil aus den Akten nicht ersichtlich war, wen der Polizeipräsident als beleidigt erachte, und weil das Strafverfahren gegen den Gendarmen sein Ende noch nicht erreicht hatte.

Nach Verlesung der Anklagebeschlüsse läßt Angeklagter sich zur Sache aus. Er habe sich keineswegs strafbar gemacht und trete in vollem Umfang den Beweis der Wahrheit an. Hauptächlich liege ihm jedoch daran, daß die Beschwerdechrift, berentwegen nicht Anklage erhoben ist, zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werde. Er habe die Beilage überhaupt nur dieses Artikels halber verantwortlich gezeichnet; er habe gehofft und gewünscht, wegen dieser Beschwerde unter Anklage gestellt zu werden, leider ohne Erfolg. Nun sei aber die Verantwortlichkeitszeichnung eine unheilbare Handlung. Er habe deshalb von vornherein die Verbindung der ursprünglich zwei Anklagen wiederholt beantragt und den Beschwerdeweg vergeblich versucht. Erst als infolge der Ablehnung seiner Anträge die Gendarm-Rotiz verfaßt gewesen wäre, wenn sie als selbständige Handlung zu betrachten wäre, habe die Staatsanwaltschaft und die Ferien-Strafkammer endlich den von ihm vertretenen juristischen Standpunkt gebilligt, daß die Verantwortlichkeitszeichnung der gesammten Beilage nur eine Handlung sei und demgemäß die Verbindung beider Rotizen zu einem Verfahren gebilligt. Ein Theil derselben Handlung, die zur Anklage führt, sei demnach keine Beschwerde. Es trete noch hinzu, daß die Verwertung der Abdruck und des Beweiseins der Beleidigung durch diesen Abdruck der Beschwerde hinsichtlich der übrigen Rotizen beeinflusst werde. Denn wenn etwa der eine oder andere Punkt in dem Polizei- oder Gendarm-Artikel nicht für erwiesen erachtet werden sollte, so komme doch in Frage, ob nicht jemand, der selbst solche Erfahrungen, wie sie in der Beschwerde geschildert, gemacht habe, berechtigt sei, Mittheilungen über kleinere Verstöße weit niederstehender Beamten ohne weiteres für richtig zu halten. Er sehe sich daher veranlaßt, wiederholt die seit Jahren unter Beweis gestellten Behauptungen der gesittlichen Rechtsbeugung und der Fidesverletzung seitens des früheren Landgerichtsdirektors Brausewetter zu wiederholen. Ihm liege in hohem Maße an einer öffentlichen gerichtlichen Klarlegung der in betracht kommenden Verhältnisse.

Bezüglich des Artikels über Mißhandlungen auf Berliner Polizeiwachen trete er wiederholt den vollen Wahrheitsbeweis an. Früher habe das Gericht beschloffen, einige 40 der von ihm für die Mißhandlung benannten Zeugen zu laden. Später habe das Gericht die Erhebung dieser und weiterer Beweise abgelehnt; er beantrage wiederholt die Entlastungsanträge, die er seit Jahr und Tag gestellt habe. Demnach beantrage er Ladung von 48 namentlich von ihm bezeichneten Zeugen und ärztlichen Sachverständigen, Vorlegung der bereits von ihm zu den Akten überreichten Photographie eines unmittelbar nach der Entlassung von der Polizeiwache photographisch aufgenommenen. Auch die Ladung der angeblich Beleidigten müsse er verlangen, da die Anklage die Mitglieder des Polizeipräsidiums als beleidigt erachte. Dieser Ausdruck sei ebenso allgemein wie unverständlich und lasse den Kreis der angeblich beleidigten Personen um so weniger erkennen, als ja die Staatsanwaltschaft und das Gericht bereits zugegeben hätten, daß eine Reihe von Mißhandlungen auf Polizeiwachen vorlämen. Er stelle ferner das Verlangen, diejenigen Polizeibeamten zu laden, die am 18. Januar 1894 als Arbeitslose verkleidet und von Polizeibeamten geprügelt worden sind, endlich alle während der Jahre 1894 und 1895 auf Polizeiwachen sistirt gewesenen Personen, sowie den jetzigen Polizeipräsidenten. Ferner beantrage er die Vorlegung einer Reihe von Gerichtsakten, insbesondere die des Pignitzer Gerichts in der Strafsache gegen Feldmann. Dort habe das Gericht nach eingehender Beweisaufnahme für erwiesen erachtet, daß ein Sifirter auf einer Berliner Polizeiwache so mißhandelt wurde, daß es sich anordnete, als würden Teppiche geklopft.

Zum Schluß wiederholt Angeklagter die bereits in einem Schriftsatz vom 9. Juni 1897 angetretenen Beweise über Mißhandlungen auf Polizeiwachen. Nach längerer Verathung beschließt das Gericht, die Sitzung zu vertagen und zu der nächsten Verhandlung außer den bereits zu gestern wegen des Gendarm-Artikels geladenen 17 Zeugen und einem Sachverständigen die 48 von Stadthagen benannten Zeugen zu laden und die Akten einzufordern, auf die der Angeklagte Bezug genommen hat. Der Staatsanwaltschaft wird anheim gestellt, zu demselben Termin aus ihrerseits wie bereits zu dem Termin im Dezember 1894 — es waren damals etwa 60 Schyuleute geladen — weitere Zeugen zu laden.

Im Gewerkschaftsblatt „Der Gastwirthsgehilfe“ erschien am 10. Februar d. J. ein Artikel, der bei christlichen Gemüthern Kergerniß erregt haben sollte. Der Redakteur des Blattes, Ferdinand Begener, hatte sich gestern vor der neunten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I wegen Gotteslästerung zu verantworten. Der Angeklagte erklärte offen, daß der ganze Artikel mit seinen religiösen Anschauungen nicht übereinstimme, aber er sei an dem Abdruck desselben unschuldig.

Man habe ihn ein Kustkei ins Nest gelegt. Er sei damals noch neu in seiner Stellung gewesen, man habe ihm zwar einen Fahrenabzug der betreffenden Nummer vorgelegt, aber mit Ausnahme der Rubrik „Vermisshtes“, in welcher sich der beanstandete Artikel befunden habe. Obgleich der Zeuge Pastor König dies zugab, hielt der Staatsanwalt dennoch die Schuld des Angeklagten für erwiesen, jedenfalls müsse derselbe die Verantwortung tragen. Da der Inhalt des Artikels jedes christliche Gemüth empören müsse, so könne die Strafe nicht gering sein, er beantrage gegen den Angeklagten einen Monat Gefängniß. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, plädierte aus rechtlichen und sachlichen Gründen auf Freisprechung, drang aber bei dem Gerichtshofe mit seinen Ausführungen nicht durch, denn das Urtheil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf einen Monat Gefängniß.

Eine Streikgeschichte, welche bereits das Reichsgericht beschäftigt hatte, gelangte gestern vor der sechsten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I zu erneuter Verhandlung. Von der neunten Strafkammer des Landgerichts I waren seinerzeit der Maurer August Wundersee wegen Körperverletzung zu vier Monaten Gefängniß, der Maurer Hermann Klockau wegen versuchter Rötigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Auf die Revision des Klockau hob das Reichsgericht das Urtheil, soweit es den Revidenten betraf, auf und verwies die Angelegenheit an die Vorinstanz zurück; das Reichsgericht hielt nicht für genügend festgestellt, daß der Angeklagte Klockau gewollt hat, daß die infrimimirete Aeußerung dem dritten, auf welchen sich die angelegte Drohung bezog, zu Ohren kommen sollte. Vor der 6. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I wurde nunmehr folgender Thatbestand festgestellt. In der fraglichen Zeit arbeitete der Angeklagte zusammen mit Wundersee und mehreren anderen Maurern auf dem einer Aktiengesellschaft gehörigen Neubau Badstr. 40/41 für einen Lohn von 55 Pf. pro Stunde. Da die Arbeitskräfte nicht ausreichten, wurden mehrere andere Maurer hinzugezogen, welche nach einiger Zeit 90 Pf. Stundenlohn verlangten, eventuell aber die Arbeit niederlegen wollten. Der Angeklagte und mehrere andere schlossen sich dieser Forderung an, während ein Theil der alten Maurer, darunter die beiden Vettern August und Gustav Leuenberg, für 55 Pf. weiter arbeiten wollten. Ehe der Streik zum Ausbruch kam, sprach der Angeklagte mit August Leuenberg über die Sache und soll dabei, wie letzterer gestern bekundete, gesagt haben: „Ich werde Euch ja nichts thun; wenn Ihr aber nicht aufhört zu arbeiten, so lenne ich mehrere Leute auf dem Brunnen und in der Prinzen-Allee, die Euch das schon besorgen werden.“ Leuenberg hat sich selbst zwar nicht bedroht gefühlt, da er „das“ dem Angeklagten nicht zutraute, er hat aber doch die Empfindung gehabt, daß der Angeklagte in ihm Furcht erregen wollte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, nahm Veranlassung darauf hinzuweisen, daß August Leuenberg in der ersten Verhandlung abweichend ausgesagt habe, wie die Urtheilsbegründung deutlich ergebe. Nach derselben habe dieser Zeuge die Sache nämlich so dargestellt, als wenn sich die Aeußerung nur auf seinen Vetter Gustav Leuenberg bezogen hätte. Das konstatierte auch der Vorsitzende. August Leuenberg behauptete dazu, er müsse mißverstanden worden sein; er habe gesagt, daß die Worte auch auf seinen Vetter gemünzt gewesen seien, der in einer anderen Kolonne arbeitete. Nach seiner Auffassung hätten sie sich überhaupt auf die 10—12 Mann bezogen, die für 55 Pf. pro Stunde weiter arbeiten wollten. Durch die Beweisaufnahme wurde ferner festgestellt, daß der Angeklagte zu der von Wundersee inszenirten Prügellei, für welche dieser 4 Monate Gefängniß erhielt, in seiner Verbindung gestanden, damals vielmehr schon in Arbeit gestanden hat. Deshalb beantragte der Staatsanwalt, der die versuchte Rötigung für erwiesen hielt, diesmal eine Woche Gefängniß, während Rechtsanwalt Dr. Löwenstein aus thatsächlichen und rechtlichen Gründen für Freisprechung plädierte. Bei den widersprechenden Aussagen des August Leuenberg sei die Sache nicht larzgelegt. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Die Fuhngeln des Vereinsgeheles. Eine Zahlstelle des Zentral-Vereins der Maurer Deutschlands wurde im vorigen Jahre in dem hannoverschen Städtchen Rotenburg gegründet. Der erste Vorsitzende, Dittmar, reichte alsbald der Polizeibehörde die Statuten und das Mitglieder-Verzeichniß ein. Nach einiger Zeit wurden sämmtliche fünf Vorstandsmitglieder der Zahlstelle angeklagt, sich gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgeheles vergangen zu haben. Sie sollten die Bestimmung übertreten haben, wonach jede Aenderung der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisaufnahme unterbreitet werden muß. Es handelte sich um den Eintritt eines Maurers in den Verein. Dem ersten und dem zweiten Vorsitzenden sowie dem Kassirer wurde noch besonders zum Vorwurf gemacht, daß sie der Polizei nicht die im Juni erfolgte Wahl der beiden mitangeklagten Schriftführer angezeigt hatten. Eine solche Wahl aus den Reihen der Mitglieder gehöre mit zu den Aenderungen der Mitglieder, wovon § 2 spreche. Das Schöffengericht sprach alle Angeklagten frei, das Landgericht hob inessen die Entscheidung wieder auf und verurtheilte den ersten Vorsitzenden Dittmar zu einer Geldstrafe von fünfzehn Mark eventuell drei Tagen Haft. Die übrigen vier Angeklagten sprach es frei. Zur Begründung führte das Gericht folgendes an: Da die Rotenburger Zahlstelle gleich dem ganzen Verbands der Maurer Deutschlands die allseitige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder nach dem Statut bezwecke, so gehöre sie zu den Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken wollten, es finde also auf sie § 2 des Vereinsgeheles Anwendung. Eine Uebertretung dieses Paragraphen liege hier vor, es frage sich nur, wer dafür hafte. Nun seien zwar sämmtliche Vorstandsmitglieder als Vorsteher im Sinne des § 2 anzusehen und an sich auch alle zur Erfüllung der im § 2 enthaltenen Gebote verpflichtet; hier mächten jedoch der zweite Vorsitzende, der Kassirer und die beiden Schriftführer von der Anklage, der Polizei nicht die Aufnahme des einen neuen Mitgliedes angezeigt zu haben, freigesprochen werden, weil sie an seiner Unterlassung schuldlos seien. Es sei nämlich festgestellt worden, daß sie den ersten Vorsitzenden mit der Anzeige bei der Polizei beauftragt und sich später bei ihm erkundigt hätten, ob er es besorgt habe, sowie daß ihnen eine beruhigende Antwort zu theil geworden sei. Sonach müßte Dittmar als allein Schuldiger verurtheilt werden. Von der weiteren Beschuldigung, die Wahl der beiden Schriftführer nicht angezeigt zu haben, wurden Dittmar, der zweite Vorsitzende Schröder und der Kassirer freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß die Wahl einzelner Mitglieder in den Vorstand nicht zu den Aenderungen der Mitglieder gemäß § 2 des Vereinsgeheles gehöre. Hiervon brauche der Vorstand der Polizei keine Anzeige machen. Der Ferien-Strafensal des Kammergerichts, der gestern über die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision zu verhandeln hatte, schloß sich bezüglich der Wahl einzelner Mitglieder in den Vereinsvorstand dem Landgericht vollständig an. Im übrigen hob der Senat aber die Vorentscheidung auf und verurtheilte sämmtliche fünf Angeklagte zu Geldstrafen von je 15 M. Der Präsident führte aus, es genüge nicht, daß die vier in der Verurtheilung freigesprochenen Vorstandsmitglieder den ersten Vorsitzenden mit der Anmeldung des neuen Mitgliedes betrauten und sich hinterher von ihm sagen ließen, daß er alles besorgt habe; es sei vielmehr ihre Pflicht den Beauftragten streng zu kontrolliren und eventuell selber das nöthige zu veranlassen. Eine derartige Kontrolle hätten sie nicht ausgeübt, sie müßten deshalb als die übrigen Vorsteher des Vereins für die Unterlassung Dittmar's mit bestraft werden. Ein Vereinsgehele mit solcherlei Schlingen und Fuhngeln für die Arbeiter genügt der Regierung und den mit ihr verbündeten Reaktionen bekanntlich noch nicht. Es sollten im vorigen Jahre noch schlimmere Füllen gelegt werden. Zum Glück ist die Arbeiterbewegung kräftig genug, um sich trotz alledem ihren Weg zu bahnen!

Ueber die Verurtheilung der Wahlzettel-Vertheiler in Breslau geht der „Schlesische Volkszeitung“ aus ihrem Leserkreis ein Schreiben zu, dem wir folgendes entnehmen: Mit die Sache schon an sich selbst dazu angethan, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu lenken, so muß dies um so mehr der Fall sein, da der Zeitungsbericht zugleich mittheilt, daß alle Parteien, welche Zettelvertheiler mit Papptafel-Plakaten vor den Wahllokale angeheilt hatten, angeklagt waren, nur die konservative Partei nicht. Das muß auffallend und befremdlich erscheinen, da selbige sich doch ganz derselben Uebertretung schuldig gemacht hat. Es ist bisher nichts zu lesen gewesen, daß auch gegen diese Partei ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden sei. Welchem glücklichen Zufall mögen die Konservativen es wohl zu verdanken haben, daß keiner ihrer Vertreter in Gemeinschaft mit den Vertretern der übrigen Parteien sich zu verantworten hatte? „O selig“, möchte man da ausrufen und singen, „o selig, ein Konservativer zu sein.“ Den Konservativen streute die hohe Fortuna Zufälligkeiten in den Weg, infolge deren sie in dieser Sache unbehelligt blieben, während die launen-hafte Göttin für keine der anderen Parteien eine ähnliche Gabe in petto hatte, selbst nicht einmal für die Rationalliberalen. Auch sie gehörten zu den Stiefkindern Fortunas. Und doch hätte es sich im Interesse der Gleichheit vor dem Gesetze gar nicht übel, sondern sehr gut ausgenommen, wenn, wie Herrn Seyppner, dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei, und den Vertretern der übrigen Parteien, so auch einem Vertreter der konservativen Partei die Vorladung zugegangen wäre: „In der Strafsache gegen Seyppner und Genossen wegen Uebertretung werden Sie u. s. w.“ Indes der leidige Zufall hat es anders gefügt. Es ist dies zu bedauern, da dieser Zufall leider geeignet ist, allerhand Vermuthungen Raum zu geben. Auch ist es dem Publikum nicht zu verargen, wenn es neugierig ist, zu erfahren, wie es also gekommen ist, daß die konservative Partei allein von einer Anklage dieserhalb verschont geblieben ist, obgleich sie dieselbe Schuld zu sühnen hatte und obgleich nach dem Bericht der Vertheilung ein Beweisstück für ihre Schuld, nämlich ein Papptafelplakat mit dem Namen des konservativen Kandidaten Jelsch, welches gleichfalls von den Polizeibehörden konfisziert worden war, als corpus delicti bei der Gerichtsverhandlung vorgelegt hat, wie dort ausdrücklich konstatiert worden. — Die „Breslauer Morgenzeitung“ fügt noch hinzu, daß das konservative Wahlbureau bei den Stichwahlen das einzige war, das sich an die inzwischen bekannt gewordene Ansicht der Polizei nicht lehnte. Alle Plakate der Stimmzettelvertheiler trugen bei den Stichwahlen den Namen des Druckers, nur die schwarz-weiß-roth umranderten der Konservativen nicht. Und diesmal fand sich kein Schutzmännchen, kein Kommissarius, der

die Schwarz-Weiß-Rothen konfisziert hätte. Wie mag das zugegangen sein?

Zahrelang fortgesetzte Verurtheilungen führten gestern den Badergesellen Paul Barthold unter der Anklage des Diebstahls vor die zweite Ferien-Strassammer des Landgerichts I, während seine Ehefrau sowie seine frühere Braut Anna Rajewicz sich wegen Schererei zu verantworten hatten. Barthold hatte in einer hiesigen größeren Bäckerei eine Vertrauensstellung inne, die ihm und seiner Familie ein genügendes Einkommen gewährte. Schon vor Jahren, als die Wittangestellte Rajewicz seine Braut war, hat er derselben von den Vorräthen seines Prinzipals gegeben, was nur zu gebrauchen war. Mehl, Zucker, Gewürze, Kuchen und Torten wanderten nach der Behausung seiner Braut, und als diese sich eine zeitlang bei ihren Eltern in der Provinz befand, erhielt sie eine Koffsendung nach der anderen. „Ach, könnte ich mich doch selbst in die sähe Kiste legen“, schrieb er in einem der zur Verlesung gelangenden Briefe „aber theile mir nur mit, was Du haben willst, ob Marzipan, ob Kuh- oder Mandelkorte, Du bekommst alles.“ Als Barthold dann später mit seiner jetzigen Ehefrau ein Verhältnis anknüpfte, wurde dasselbe Treiben fortgesetzt. Der Chef des Angeklagten Barthold beziffert den ihm zugefügten Schaden auf mehrere tausend Mark, der Angeklagte meinte nicht, daß er für mehr als 500 M. Baare entwendet habe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Barthold zu einem Jahre, seine Ehefrau zu zwei Monaten und die Angeklagte Rajewicz zu einem Monat Gefängnis.

Berliner Arbeitervereine werden jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt:

Im Norden Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: A. Dache, Domänenstr. 35, v. 3 Tr. R. Gutzeit, Wiesenstr. 29, von 8-9 Uhr abends. F. Wiesel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Simonowksi, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. R. Stuhlmann, Oderbergerstr. 37, 4 Tr., von 8-9 Uhr abends. R. Baum, Fuhlenstr. 6, von 8-9 Uhr abends. A. Voigt, Wiesenstr. 41/42. E. Warnh, Kolbergerstr. 7, von 6-7 Uhr abends. S. Reimann, Belferstr. 83. J. Krause, Gartenstr. 13, 2. Eing. part. — **Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung:** B. Blume, Stralauerstr. 58, 3. Trapp, Schürstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Mohs, Schweinmörderstr. 64, vom unteren Aufgang.

Im Osten Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Schatz, Holzmarktstr. 60 I.

Im Süd-Osten Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalkhoff, Wilschauerstr. 18. — **Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung:** W. Kühne, Huelstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Stagemater, Grunowstr. 39. — **Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung:** P. Keller, Rixdorf, Pannierstr. 58, Hof part. G. Wuse, Gaudenauerstr. 4.

Im Süd-Westen: Für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Stephan, Gurtloferstr. 2. — **Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung:** R. Reibeln, Kolonnenstr. 43.

Im Nord-Osten: Für Unfallversicherung: G. Pöfster, Wobeserstr. 15, vom part. (abends 8 Uhr). G. Wänther, Greifswalderstr. 8, II. links.

Im Centrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Breitkopf. Es ist uns nie eingefallen, zu bestreiten, daß auch unter Deuten, die sich Sozialdemokraten nennen, berätigtes vorkommt. Wir stimmen Ihnen darin vollkommen bei, daß solches dann doppelt tadelnswürdig ist.

Billard. Fragen Sie bei einem Bachmann an.

G. D. Unbekannt.

H. S. Weichenice. Der Betreffende würde nicht wahlberechtigt sein.

Räthe u. Der Wirth ist im Recht. — **F. Lu. G.** 1-3: Nein.

Witterungsübersicht vom 21. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Berlin	762	SW	4	13	Darmstadt	752	NO	2	16
Dresden	762	SW	4	13	Hamburg	755	NO	1	14
Frankfurt	762	SW	4	13	Köln	764	SW	1	16
München	768	SW	4	13	Stuttgart	765	SW	1	16
Wien	764	SW	4	13					

Wetterprognose für Freitag, den 22. Juli 1898.
Etwas wärmer, trocken und vorwiegend heiter bei mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 22. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll).
Die Hugenotten. Anfang 7 Uhr.
Middens. Frage an das Schicksal.
Heraus: Romanaufnahmen. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater. Wein treuer Antoinette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiden. Alessandro Stradella. Anfang 7 1/2 Uhr.

Opern. Auf Sumatra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Hegefeuer. Anfang 8 Uhr.

Welter Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.

Wiederlich - Wilhelmshafen. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexandervorplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.

Passage - Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorlesung! Vorlesung! Vorlesung!
Auf Sumatra.
Gr. Rudolphstr. 8. Anf. 8 Uhr.
Vorstellung haben Gültigkeit.
Sonntag Nachmittag 3. Preise:
Die Waife aus Sewoob.

Prater-Theater.
Katholiken-Str. 79.
„Liebe auf Erden“.
Rebendbild mit Gel. u. Tonj in drei Akten. von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Auftritten d. Kollmann, Elsa de Planque, d. Vrotelagu-Duval, Gabri. Millard, der 3. Warton Gumpel, des unsterblichen Mr. Barna mit f. dres. Hatten, der Orsani Troupe, musk. Genest. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. — Anf. 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kabbe.

Dffbahn-Bark.
Am Köpferer Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Keine neuerbauten Plätze haben Zutritt zur Verhütung.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wenzel, Vietro, Wittton, Steidl, Krone, Nöhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).
Täglich wechselndes Programm!

Reichshallen-Garten-Theater.
Seipzigerstr. 77.
Neu! Misko Neu!
und das sprechende Pferd
„Punch“! Rich Lester's Dämonen-Parade. Die Kunstschaffler „Darlington“. Ferner bei solonalem Beifall:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston und K. Wilhelm.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorverkauf gültig.
Bei ungünstiger Witterung im großen Theateraal.

Friedr. Wilhelmshafen-Theater
Vorstellung!
Sonntag, den 22. Juli, abends 8 Uhr:
1. Gesamtspiel d. Schauspielergesellschaft
Die Wiltputanen.
(Direktion: Karln Theodor Rosenfeld.)
Selma Gruner, Eilmagad.
Bertha Jaeger, Alice.
Elise Dan, Marie.
Helene Lindner, 1. span. Tänzerin.
Loni Meiler, 2. span. Tänzerin.
Franz Ger, Bierbrauer, Wanzscher.
Kloß Jank, Barbier Seife.
Germana Ring, Bürgermeister.
Ray Walter, Stallknecht.
Sum 1. Rolle:
Zwei Tage Millionär.
Großes Lustspiel mit Gesang und Ballet in 11 Akten von Robert Breitenbach. Musik komponiert und arrangiert von Viktor Holländer.
1. Bild: Im Hause Stockelwond.
2. „Die Heise n. Widdgetown.
3. „Fest in Widdgetown.
4. „Die 5 Sinne.
5. „Die Seelenwanderung.
6. „Der Palast der Drucker-
Schwärze.
7. „Gefährte Nachttrübe.
8. „Im Bade.
9. „Die Armen der Welt.
10. „Japanische Träume.
11. „Im New-York.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorverkaufsbillets und freier Eintritt während des Gastspiels der Wiltputanen ungtlig.
Vorverkauf täglich von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Jeden Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: Dieselbe Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Barleske in 2 Bildern.
Fernor das vorzügliche
Spezialitäten-Programm
Vor der Vorstellung:
Gr. Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Apollon-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Barleske in 2 Bildern.
Fernor das vorzügliche
Spezialitäten-Programm
Vor der Vorstellung:
Gr. Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

AUSSTELLUNG am KURPÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Schweizer Garten.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. Im Ball.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Haltestelle der Ringbahn. Haltestelle der Ringbahn.
Zur Beachtung! Bildet zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Grobherren Vereinen empfehlen wir unser Stadtbillett (mit Vorzahlung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Klien's Sommer-Theater.
Gartenstraße 14/15. — Vorführer: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
The Onra's. — Miss Alice, Jongleuse auf rollender Angel. — Papi und Pepino. — The Picard's. — Carl Gursch, Tanzmeister. — Minni Estera, Kollin-Soubrette. — Paul Frey, Humorist. — Franziska Wünsche, Operettensängerin. — Prof. Cuno's Regen-Parasol. — Neu! Junge oder Mädchen. Gefangenschaft in 1 Akt von Zuchow. — Neu! Da ahnst es nicht, Schwarm in 1 Akt von Reichardt.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klien.

Guckel's Zahnateliers
Lauziger Platz 2, Elsassstr. 12, Stoglitzerstrasse 71.
Bestrenommt und wohl-bekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!
Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Reste! Reste! Reste!
Kleiderstoff-Reste! Läufer-Reste!
Kattun-Reste! Möbelstoff-Reste!
Züchen-Reste! Inlett-Reste!
einzelne Schawenier, Wäsche, zurückgesetzte Blusen und Damenkleider, Kinderkleider.
Knaben-Knäuze werden zu Spottpreisen andverkauft!
Der Neher-Kaufverkauf dauert nur 3 Tage.
Kaufhaus J. Loewenberg,
Müllerstr. 163 a, Ecke Burgdorfstrasse.
Empfehle allen Freunden und Parteigenossen mein
Weiss- und Bairisch-Bierlokal.
Großer Garten, Regalbau, Vereinszimmer, Kaffeeküche sitzen zur gefälligen Benutzung zur Verfügung.
Kirche & Köppen. J. S. Anton Boker,
Friedrichsfelde, Berlinerstraße 112.

Park-Restaurant
(früher Klubhaus).
— Jeden Sonntag: —
Drei-Konzert
Im großen schattigen Garten.
In den Räumen des Stadtbillettens
Grosser Ball.
Zwei beste Regalbahnen.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Säle
zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten stehen den werthen Vereinen jederzeit zur Verfügung.
Für gute Speisen und Getränke
ist bestens gesorgt.
P. F. Karl.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Lezte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Refruten-Neubildung.
Anfang: Sonntag 7, Wochent. 8 Uhr.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Uff. Am Königsthor.
Jeden Freitag:
Militär-Frel-Konzert
der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.
Anfang 7 Uhr.
Jeden Freitag:
Gr. Fisch-Essen, à Port. 50 Pf.

Passage-Panoptikum.
Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne Tätowirte Sga. Radolfi als Athletin.

W. Noack's Theater
Kronen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt v. G. Dache.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Lindner.
Musik von Richard Kühle.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Castan's Panopticum.
Major Graf Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Pahlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Pollen-Burleske von Oskar Victor, Roeder.
Auftritten d. gesammten neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ford. Lohmann.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.

Institut für Zahnleidende.
Herm. Herold, Elsasserstr. 92 I. (Rosenthaler Thor).
Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.
Künstliche Zähne
Schmerzloses Zahnziehen und Plombieren!
Neu! Gebisse ohne Gaumenplatte, D. B. Patent No. 93 522.
Kuhler mit dar Klemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse anfertigen! Institutpreis! Beliebige Teilzahl! Sprechst. 9-12, 3-5.
Telephon III. 3014.

Achtung! Parteigenossen Berlins! Achtung!

Sonntag, den 24. Juli, im Schloß Weissensee

Gr. Volksfest

arrangiert von den

sozialdemokratischen Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Massen-Gefänge

von ca. 500 Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn Blobel.

Großer Radfahrer-Korso

auf festlich geschmückten Fahrrädern durch das ganze Städtchen unter Vorantritt einer Musik-Kapelle. Eine Stunde später

Großes Reigenfahren

ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Berlin.

Grossartige turnerische Aufführungen

von Mitgliedern der Männer- und Damen-Abteilungen des allgemein beliebten Arbeiter-Turnvereins „Fichte“

Im herrlich gelegenen See:

Gr. Schwimm-Pantomime.

Die Besiegergreifung von Ding-fang-Ting oder: Die gepanzerte Faust ausgeführt vom Berliner Arbeiter-Schwimmerbund („Neptun“, „Nord“, „Vorwärts“).

Auftreten der berühmten Norddeutschen Konzert-Sänger.

Auftreten altbewährter Spezialitäten in dem herrlich gelegenen See-Theater.

Konzert-Musik

von zwei stark besetzten Musik-Kapellen unter Leitung der Dirigenten Herren Tietz und Schonert.

Kinderbelustigungen aller Art mit großartigen Ueberraschungen.

Am Abend:

Großes Brillant-Wasser-Feuerwerk

ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker Herrn C. Albers.

Von 4 Uhr nachmittags an in beiden Sälen: **Tanz.** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 bis 6 Uhr zur Verfügung.

Anfang des Konzerts früh 8 Uhr. **Billet 20 Pf.**

Für hinreichende Fahrverbindung wird Sorge getragen.

Da wir weder Mähe noch Kosten scheuen, das Fest großartig zu gestalten und die Besucher in jeder Weise zufrieden zu stellen, so ersuchen wir um recht zahlreichem Besuch.

220/1

Das Comité.

Billets sind bei allen bekannten Parteigenossen zu haben.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Wittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Quartial 1898. 3. Erlagwahlen des Vorstandes. 4. Vortrag des Genossen Dr. B. Borchardt. 5. Distrikte. 6. Vereinsangelegenheiten.

Die Zahlstellen befinden sich bei folgenden Genossen: Wilhelm Börner, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15; Gottfried Schulz, Zigarrengeschäft, Admiralsstr. 40a; Karl Schöning, Restaurateur, Köpckeplatz 68; Emil Götte, Restaurateur, Brandenburgerstr. 18; Ernst Lier, Restaurateur, Alte Jakobstr. 119; Wilhelm Flick, Restaurateur, Eimeustr. 23. 240/17

Metallarbeiter!

Montag, 25. Juli, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstrasse No. 20:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Anstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Gewerbesgerichtswahlen. Verschiedenes. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Raether, N., Anhalterstr. 44.

Achtung! Stodarbeiter. Achtung!

Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Streik in der Stodfabrik von Gehr. Nos. 2. Diskussion. Kollegen! Der wichtige Fall verlangt uns, Euch ganz besonders zu ermahnen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Es gilt hier einen ersten Schritt zu thun. Darum erscheint alle, Mann für Mann. Die Agitationskommission. 175/7

Beuge vor der Noth!

Allgemeine Volks-Krankenkasse

G. G. 126. Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptkassenlokal: Berlin N., Müllerstr. 174 I. Telefon-Nr. II. 2436. Bureaustunden 8-4 Uhr.

Kleine Beiträge! - Hohes Krankengeld! Auch für Sonn- und Feiertage wird Krankengeld gezahlt. Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.

Agenten für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 6372/2

Erklärung. Die gegen Herrn Carl Dittmann ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück und bekenne, dieselben unüberlegt ausgesprochen zu haben. Otto Buckow.

Für 2-3 Mark Beste sehr groß zu Knabenanzügen, Beste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. H. Gewand- und Kostüme so lange der Vorrath reicht im Riesenstofflager Kranzenstr. 14, I., kein Laden.

Goldabfälle. Gold, Silber, Rehr: kauft die Scheide-Anstalt Himmelsstr. 32. 5479/2

Buchdrucker!

Sonntag, den 24. Juli, vormittags präz. 11 1/2 Uhr, in Keller's Zehnhäfen, Koppenstr. 29:

Allgemeine

Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Handwerker-Gesetz und der Deutsche Buchdrucker-Verein und wie stellen sich die Gehilfen dazu? Referent Koll. Albert Massini. 2. Aufstellung von Kandidaten zur Wahl als Beisitzer zum Berliner Gewerbegericht.

In anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird das Erscheinen sämtlicher Kollegen ermahnt Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20-21: Sitzung der Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.

Sonntag, den 23. Juli 1898, abends 8 1/2 Uhr, Weichstr. 15: General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Vierteljahr 1898. 2. Bericht des Bibliothekars Wahl eines Bibliothekars und Vereinsangelegenheiten. 198/17

Achtung, Buzerträger!

Montag, 25. Juli, abds. 8 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23/24: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1898. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. - Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Ortsverwaltung.

Freien Volksbühne

Freireligiösen Gemeinde

genießen laut Vertrag mit der Victoria zu Berlin besondere Vergünstigungen bezugl. das bei Volks- und Kinder-Versicherungen und bei lebenslänglichen Eisenbahn-Unfall-Versicherungen (letztere mit nur einjähriger Wochenprämie) die Aufnahmegebühr fortfällt, und bei größeren Lebens- und Unfall-Versicherungen die Policingebühren nicht berechnet wird. Versicherungs-Anträge nimmt schriftlich und mündlich entgegen

E. Vogtherr, General-Agentur, Oranienstraße 57. Julius Cohn, General-Agentur, Stephanstraße 30.

Freunden und Bekannten empfehle mein Welsh- u. Bairisch-Bierlokal „Zur Grünen Linde“, Vereinsg. Piano. J. Benkert, 43136 Wlberhof, Hakenbergstr. 1. Hugo Lehmann, Buttmanstr. 10 ohne Raht, Spiegel 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M. Agraftentiefel, Beisag. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M. Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen. Arbeitsschuhe, reell, solid, träftig, 4,50 bis 6,50 M. Schaffstiefel, Reittiefel. Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M. Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Beisag u. Kappe, von 5,50 M. an. Schnürschuhe von 3,50 M. an. Hausschuhe von 3,00 M. an. Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, ästhetisch solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen. Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an. Gröste Kundwahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen. Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. 4056/2

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt-Ilversgehofen

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen: Herren-Zugstiefel, gewallt, Spezialität. 7 M. ohne Raht, Spiegel 8,50 M. Beisag u. Knopfverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M. Agraftentiefel, Beisag. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M. Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen. Arbeitsschuhe, reell, solid, träftig, 4,50 bis 6,50 M. Schaffstiefel, Reittiefel. Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M. Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Beisag u. Kappe, von 5,50 M. an. Schnürschuhe von 3,50 M. an. Hausschuhe von 3,00 M. an. Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, ästhetisch solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen. Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an. Gröste Kundwahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen. Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. 4056/2

Verkaufsstellen: Berlin SW., Belle-Alliancestr. 102. W., Schillstraße 12. Zietlin, Reichslagerstraße 14. Hannover, Riegelemarkt 7a. Hamburg, Steinstraße 16. Margarethenstr. 5. Bremen, Haulenstraße 75. Düsseldorf, Schadowstraße 57. Köln a. Rh., Fingelstein 66. Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26. Zell 67. München, Sendlingerstraße 10. Dachauerstraße 83. Landsbergerstraße 7. Dumboldstr. 22. Amalienstr. 29.

Achtung! Vereine! Vereinshaus „Süd-Ost“ Waldemarstr. Im August u. September sind noch einige Sonnabende unter sonstigen Bedingungen zu vergeben.

Th. Langmeier Biergrosshandlung, Galenice, Weichstraße 56. Champagn-Weißbier-belles-Tafelbier.

Niemand sollte verjäumen, bei Bedarf Brunnenstr. 110 (neben dem Pferdebahn-Depot) von Jgnatz Sello zu beziehen: Frisch-Malttrank, 1/2 Pf. incl. 50 Pf.; alten Nordhäuser p. Vir 50 Pf.; hochf. Stonsdorfer incl. Orig. Pf. 1/2 Pf. à 80 Pf.; Halb und Halb, feinst. Kirschwasser, pr. 1/2, Champagner Flasche incl. 90 Pf.; Himbeer- u. Kirschsaff, rein und dick eingekocht, per Liter 110 M.; süßen Ungarwein, Orig. Pf. 1/2 Pf. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Weine, Cognac, Rum und Liköre im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu Engrospreisen. Billigste Besorgung. Bitte genau auf No. 110, Brunnenstr. No. 110 zu achten. 5147/2

Eine Million Wangen sammt deren Brut tödlich sofort mein „Wangen-Fluid“ in Pf. 0,50, 1,00, 2,00. Wegen Schwaben und deren Brut wirkt hier mein „Schwaben-Fluid“ à Schachtel 0,50, 1,00. Nur beim alleinigen Erfinder Pohl, Drog., Brunnenstr. 157.

Für 36 Mark fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 M. H. Sommerpafetots nach Maß, für 8-12 M. feine Hosen nach Maß. Riesenstofflager Krausenstr. 14, I., kein Laden. W. Fahr Brunnenstr. 112.

Sophastoffe auch Kette in Nipp, Damast, Größe, Phantasie, Gobelins und Plüsch preisbillig! 4071/2 Proben franko! in allen Quantitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstr. Nr. 158.

Schönheit zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weiße Hände in kurzer Zeit durch „Crème-Benzois“, Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch Reichel, Spee, Berlin, Eisenbahnstrasse 4. 5429/2

Fahrrad billig zu verkaufen. Hoffmann, Oranienburgerstr. 227 III 16b) bei Chamier.

Zigarren-Geschäft, 8 Jahre bestehend, ist gleich oder später zu verkaufen. Ziegnierstr. 39.

Schleierschwänze von 10 Pf. an bei Anderlen, Stallstraße 13. Eine möblierte Schlafstelle zu vermieten. Ruppinerstr. 49 u. III Domsch. Schloßstr. 1. D. Bellealliancestr. 31, Keller, bei Reichel. 111b

Arbeitsmarkt.

Berufsbereiter auf Reisen verlangt Geitner, Wlberhof, Schwedterstr. 10. Arbeiterinnen auf Damen-Jackets verlangt Mallerheim, Nankowitzer-Allee 79. 115b

Schlosser für Tiegeldruckpressen verlangt Franz Franke, Schönberg, Dampfr. 25. 112/1

Abbrennerinnen werden verlangt 5037/2 Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft, Molkenmarkt 5, II.